

Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Konstantin Wecker: Ungehorsam ist gefragt	2
Gaza-Krieg: Kinder leiden weiter	3
US-Justiz: Der Druck der weissen Polizistenlobby	4
Kuba-USA: Für ein zivilisiertes Zusammenleben	5
Filmklassiker aus dem Vietnamkrieg: Piloten im Pyjama	6
SFB: Verstärkung im Sekretariat	7
100 Jahre WILPF: Wider Spott und Hohn	8



Kundgebung vom 7. Februar 2015 in München gegen die «Sicherheitskonferenz». An der 51. Auflage dieser Konferenz trafen sich nach offiziellen Angaben «über 400 hochrangige Entscheidungsträger der internationalen Politik, darunter etwa 20 Staats- und Regierungschefs und über 60 Aussen- und Verteidigungsminister, um über die aktuellen Krisen und Konflikte zu beraten». Für über 4000 Kundgebungsteilnehmer war die Konferenz jedoch vielmehr «ein Propaganda-Forum zur Rechtfertigung der NATO und ihrer Milliarden-Rüstungsausgaben». Foto: sicherheitskonferenz.de

Münchener Sicherheitskonferenz: Noch mehr Militarismus

Während sich auf der 51. Münchener Sicherheitskonferenz vom 6. – 8. Februar 2015 Politiker und Experten hinter verschlossenen Türen trafen, um sich nach Selbstdarstellung in Gesprächen und Diskussionen «der Förderung friedlicher Konfliktlösung und internationaler Kooperation beim Umgang mit gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen» zu widmen, protestierte vor den Türen der Konferenz ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis gegen diese Zusammenkunft.

Von Reiner Braun und Jens Wernicke

Der Protest sei notwendig, so heisst es im Aufruf, da die Konferenz entgegen ihrer Selbstdarstellung weder dem Frieden noch der Sicherheit diene, sondern vielmehr eine «Versammlung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Machteliten vor allem aus den NATO- und EU-Staaten, die sich über Strategien zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vorherrschaft und über gemeinsame Militärinterventionen verständigen» sei. Wieso aber eigentlich?

Drei Erkenntnisse dürften wohl bei so gut wie allen Teilnehmenden der Münchener Sicherheitskonferenz 2015 Konsens gewesen sein:

- Die NATO ist absolut notwendig für den Frieden und ihre Berechtigung ist gerade angesichts des Krieges in der Ukraine und der russischen Politik unverzichtbar.
- Eine deutliche Steigerung der Rüstungsausgaben ist unabdingbar und besonders die zögernden Europäer müssen diese drastisch erhöhen. Die Rüstungsausgaben von 2% des

Bruttoinlandsproduktes, die auf dem NATO-Gipfel vereinbart wurden, müssen Realität werden. Besonders NATO-Generalsekretär Stoltenberg forderte dieses in deutlichen Worten.

• Krieg bleibt ein unverzichtbares Mittel der Politik, er muss nur effektiver in Verbindung mit anderen politischen Mitteln eingesetzt werden. Das nicht mehr ganz so neue Schlagwort heisst: «Hybride Kriegsführung». Gemeint ist die Verbindung von Truppeneinsätzen mit Propagandaoffensiven, diplomatischen Mitteln, Wirtschaftssanktionen und der Herbeiführung von «inneren Unruhen» in dem «Feindesland». Dieses in Verbindung mit «Containment» und «Engagement», zu Deutsch Einbeziehung und Eingrenzung, soll den Erfolg im Sinne der NATO bringen.

Das grosse Experimentierfeld zurzeit ist die Ukraine. Die Menschen sind die Opfer, die Frankfurter Sonntagszeitung vom 7. Februar spricht von bereits bis zu 50 000 Toten anstelle der offiziellen Zahl von 5 500.

Mit Sorgen betrachten die internationalen Eliten des Militarismus jedoch die Effektivität ihrer Methoden. Können diese die Herausforderungen der Zeit, die Wolfgang Ischinger, der Leiter der Sicherheitskonferenz, in unzähligen Interviews in verschiedenen Varianten als «Ende eines Ordnungssystems», «Ordnungszerrfall» oder die «Krise ist die Normalität» bezeichnete, wohl mit den bisherigen Methoden bewältigen? Oder müssen diese nicht womöglich noch effektiver oder ausgebaut werden?

Globale Ordnung erodiert

Inzwischen ist dabei sogar der Begriff der «Ordnung» interessengeleitet: Erkennbar zu Ende geht nämlich einzig ein «Ordnungssystem», in dem die westlichen Mächte – im Wesentlichen die grossen NATO-Staaten – dominant entsprechend ihren geostrategischen und Profitinteressen über die Politik sowie die Herrschafts- und Machtstrukturen der Welt entschieden haben. Als Beispiele seien nur die USA- bzw. NATO-Politik gegenüber dem Irak, dem Nahen- und Mittleren Osten, einschliesslich des Umganges mit dem IS, aber auch Zentralafrika und Ostasien genannt.

Bei dem Krieg in der Ukraine wurde die Sackgasse imperialer Politik offensichtlich. Mit der Einvernahme der Ukraine in das westliche System

Fortsetzung Seite 2

Weltfriedensrat tagte in Goa

Krisen lösen statt Kriege führen

Vom 26. bis zum 28. November 2014 traf sich in der indischen Stadt Goa das Exekutivkomitee des Weltfriedensrates (WPC in seiner englischen Abkürzung). Das Treffen – Gastgeber war die All India Peace and Solidarity Organisation (AIPSO) – endete nach der Diskussion der verschiedenen Bedrohungen des Friedens mit der folgenden Stellungnahme:

Der Weltfriedensrat, im 65sten Jahr seiner Anstrengungen, grüsst die friedensliebenden Kräfte der Welt und ruft sie dazu auf, gemeinsam mit dem WPC und seiner Mitgliedsorganisationen, gegen Imperialismus, dessen brutale Kriege und für den Frieden zu kämpfen.

Als Gegner einer friedlichen Welt identifiziert der WPC heute den Imperialismus in allen seinen Erscheinungsformen – ideologisch, politisch, militärisch und ökonomisch. Dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zufolge betrug die weltweiten Rüstungsausgaben, trotz der gegenwärtigen ökonomischen Krise, im Jahr 2013 mehr als 1 474 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht 2,4 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Wir unterstreichen, dass 37 Prozent dieser Summe von den USA alleine aufgewendet

wird; und dass die Militärausgaben der USA, der NATO und ihrer Alliierten zusammen die grosse Mehrheit der weltweiten Ausgaben ausmachen. Der WPC fordert die drastische Senkung der Militärbudgets, respektive deren Umverteilung auf Anliegen des sozialen Gemeinwohls.

In einer Zeit der ersten Krise des Kapitalismus – mittlerweile in ihrem sechsten Jahr – verarmen weltweit mehr und mehr Menschen. Demgegenüber stehen die wachsenden Profite der grossen Monopolisten und multinationalen Unternehmen, insbesondere der Kriegsindustrie. Arbeitsrechte und soziale Errungenschaften eines ganzen Jahrhunderts werden attackiert und beseitigt; die Arbeitslosenraten befinden sich auf dem höchsten Stand seit Beginn ihrer Aufzeichnung.

Fortsetzung Seite 4

Sieg der Solidarität

(m.s.) Im Dezember 2003 haben wir in UNSERE WELT zum ersten Mal über den unglaublichen Fall der fünf kubanischen Antiterroristen berichtet, die Jahre zuvor in den USA in einem getürkten Prozess wegen angeblicher Spionage zu hohen, zum Teil gar mehrfach lebenslangen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Die international als «Cuban Five» bekannt gewordenen Kubaner hatten sich in Miami in antikubanische Terrorgruppen eingeschleust und Kuba sowie die USA selbst (!) mit Infos über geplante Terroranschläge versorgt.

Immer wieder, in insgesamt siebzehn Ausgaben unserer Zeitung, haben wir seither über den Fall der Fünf informiert und uns publizistisch in die weltweite Solidaritätskampagne zu ihrer Freilassung aus US-amerikanischer Kerkerhaft eingereiht.

Zwei der Fünf wurden nach Verbüßung von 15 resp. 17 Jahren Haft 2013 und 2014 entlassen und konnten in ihre Heimat zurückkehren. Ihre drei in Haft verbliebenen Genossen erlangten im Rahmen eines Gefangenenaustausches Mitte Dezember 2014 schliesslich ebenfalls die lang ersehnte Freiheit.

Die Freilassung der Cuban Five ist mit ein Sieg der Internationalen Solidarität, die den Fall der fünf Kubaner immer wieder auf die Agenda zu setzen vermochte. So sehr, dass sich in den letzten Monaten sogar die New York Times in mehreren Leitartikeln für ihre Freilassung einzusetzen begann. Dieser Sieg erfüllt uns mit Genugtuung. Noch sitzen in den USA aber viele weitere politische Gefangene in Haft, wie etwa der afro-amerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal, der indigene Bürgerrechtler Leonhard Peltier oder der puertorikanische Unabhängigkeitskämpfer Oscar Lopez Rivera, für deren Menschenwürde und Freiheit sich UNSERE WELT auch immer wieder eingesetzt hat und weiter einsetzen wird.

Dass wir das tun können, verdanken wir unsererseits der Solidarität: Ihrer Solidarität, liebe Leserin, lieber Leser. Denken Sie bitte beim nächsten Gang zum Postschalter oder beim nächsten Einloggen in Ihr Bank- oder PC-Konto einmal mehr an UNSERE WELT (PC 40-1627-7, SFB, 4002 Basel, Vermerk UW). Herzlichen Dank!

Fortsetzung von Seite 1

sollte die seit 1990 durch die NATO – aber auch die EU – durchgeführte Einkreisung Russlands – einschliesslich eines Raketenabwehrsystems – seinen vorläufig erfolgreichen Abschluss finden. Dieses führte jedoch – verbunden mit durchaus imperialen Reaktionen Russlands – zum jetzigen Krieg in der Ukraine. Der Erfolg blieb aus, die Ukraine kann inzwischen bereits als «Failed State» bezeichnet werden.

Bis in die Spitzen der europäischen Eliten setzt sich jetzt der Gedanke durch, dass aus dieser kriegerischen Situation ein «europäischer» Krieg als Resultat einer Eigendynamik sich zuspitzender Ereignisse, die von den USA noch angeheizt werden, folgen könnte. Die europäischen Eliten haben aus vielfältigen Gründen kein Interesse an einem grossen Krieg – zünden reicht ihnen eigentlich.

Der ehemalige schwedische Ministerpräsident Bildt – in der Vergangenheit eher als Bellizist bekannt – formulierte es in München folgendermassen:

«Ein Krieg mit Russland ist leider denkbar. Wir durchleben sicherlich eine besonders gefährliche Phase, besonders, wenn man die Lage aus der europäischen Perspektive betrachtet. Es brennt im Osten, es brennt im Süden. Diese Feuer kommen uns sehr nahe. Was die Sache so brisant macht: Es gibt eine grosse Unsicherheit in den globalen Machtbeziehungen».

Die Friedensbewegung hat – durchaus auch gegen interne Kritikerinnen und Kritiker – immer vor solch einer Entwicklung gewarnt und hiergegen auch mobilisiert. Unsere Alternativen sind: Gemeinsame Sicherheit; Anerkennung der Interessen des anderen, als Voraussetzung zur Lösung des Konflikts; friedliche Konfliktlösungen. Neutralität und gute Beziehungen zu allen Seiten sind dabei weiterhin Grundlagen einer Lösung, die angesichts des Krieges und des Hasses täglich schwieriger wird.

Feind ist der westliche Militarismus

«Russland-Bashing» ist die falsche Antwort auf die aktuellen Entwicklungen. Wie oft bereits hat die NATO seit 1990 gegen die Sicherheitsinteressen Russlands verstossen? Ist die Entwicklung in Jugoslawien, die Kosovo-Unabhängigkeit, das Ausnutzen der Libyen-Resolution der UN durch die NATO, das Spielen mit der Schwäche Russlands in den 90er Jahren, das Kündigen des ABM-Vertrages, das Raketenabwehrsystem und vieles andere mehr: Ist das einfach alles vergessen? Sicher nicht von der russischen Politik.

Verhandlungen und Waffenstillstand sind die Voraussetzung, ein Ende der Dämonisierung Russland unabdingbar. Und Vertrauen muss – vielleicht der komplizierteste Ansatz – wieder aufgebaut werden.

Ob bei der jetzigen Eskalationsstufe nun noch mehr Öl in das schon lodrende Feuer gegossen werden oder eher eine zumindest teilweise Konfliktentschärfung forciert werden soll, darüber gab es Streit auf der Sicherheitskonferenz: Die Europäer wollen – mit Ausnahme der Regierungen Zentraleuropas und des Baltikums – nicht das Schlachtopfer amerikanischer Politik sein.

Die nun vereinbarten Konsequenzen – Verhandlungen mit allen Konfliktparteien, zurück zu «Minsk» – aus der dramatischen Situation in Eu-

ropa, die auf der Sicherheitskonferenz gezogen wurden, sind jedoch, wenn überhaupt, nur wenig wirklich friedensfördernd: Die weitere Stärkung der NATO und eine weitere Aufrüstungswelle in allen Ländern sind die falschesten Schlussfolgerungen und eine grosse Herausforderung für die Friedensbewegung. Es ist schon ziemlich pervers: Die, die uns in Krise und Krieg geführt haben, wollen nun mit ausgerechnet noch höheren Dosen an Gewalt und Aufrüstung Frieden bringen. Friedenspolitik sieht anders aus!

Neue Strategien der Herrschaftssicherung

Die Unsicherheit der Eliten, die auch die Sicherheitskonferenz prägte, führte nicht zu wirklichen Friedensdiskussionen, sondern stattdessen zu Überlegungen, wie die Herrschaftssicherung durch Krieg weiter perfektioniert werden kann.

Hybride Kriegführung als neu verpackte Dual-Use Politik mit einem starken Element der Feindbildkonstruktion ist dabei Teil dieser neuen Strategie.

Auf der Spitze modernisierter Atomwaffen – vielleicht sogar neuer atomarer Mittelstreckenwaffen –, mit einem Raketenabwehrschild, mit noch mehr Drohnen und einer konventionellen Aufrüstung ohne Gleichen in Europa wird es jedenfalls ganz sicher keinen Frieden geben. Und auch die Fortsetzung der Konfrontationen mit Russland und China wird die Welt weiter destabilisieren.

Eine moderatere Sprache, wie sie in den Beiträgen von Angela Merkel und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen sichtbar wurde, verdeutlicht aber auch, dass sie offenbar meinen, auf den in allen Umfragen erkennbaren Friedenswillen der Bevölkerung zumindest ein wenig Rücksicht nehmen zu müssen. Die Verteidigungsministerin verwies diesbezüglich auf die Umfragezahlen gegen ihre Politik von «mehr Verantwortung» – und sprach dann von «künstlicher Selbstverzweigung», als sie die Anti-Kriegsposition der deutschen Bevölkerung vor den 400 Teilnehmenden der Unsicherheitskonferenz zu rechtfertigen versuchte.

Frieden und Gerechtigkeit

Vergessen wir nicht: Neoliberale Politik verstärkt nur die Krisen- und Konflikte, führt doch die damit verbundene dramatische weitere Verarmung zur Radikalisierung und Konfliktverschärfung.

Aus all diesen Gründen bedarf es daher mehr denn je einer Friedensbewegung, die die Wende hin zu einem Friedens- und Gerechtigkeitsprozess zu erstreiten bereit ist. Und zwar auch und insbesondere auf der Strasse, wie dies durch die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz gerade geschah.

Die Demonstration in München war Mut machend, aber auch nur ein Auftakt für die Ostermärsche und die bundesweiten Aktionen am den 8. Mai diesen Jahres herum. Es gibt viel zu tun – packen wir es an!

Quelle: NachDenkSeiten

Reiner Braun (1952) war in den 80er Jahren Mitinitiant der «Krefelder Initiative gegen den Atomtod». Aktuell ist er Geschäftsführer der deutschen und internationalen IALANA (International Lawyer against Nuclear Arms).

Jens Wernicke (1977) ist Medienwissenschaftler und Buchautor und arbeitet als bildungspolitischer Referent beim Landesverband Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Konstantin Wecker:

Ungehorsam ist gefragt!

In seinem eigenen Webmagazin hinter-den-schlagzeilen.de veröffentlichte der Liedermacher Konstantin Wecker einen «ganz persönlichen Aufruf» zum Widerstand und zur Teilnahme an der «Demonstration gegen die Kriegskonferenz in München» vom 7. Februar. Wecker selbst trat an der Kundgebung mit seinen Freunden Jo Barnikel, Werner Schneyder und Heinz Ratz von Strom & Wasser auch als Musiker auf. Wir dokumentieren den Text des konsequenten Pazifisten.

Von Konstantin Wecker

Liebe Freunde,
«es geht ums Tun und nicht ums Siegen», habe ich in meinem Lied über die weisse Rose vor 30 Jahren geschrieben und mir ist durchaus bewusst, dass ich mit meiner pazifistischen Einstellung nicht siegen werde. Jedenfalls werde ich eine von der Geissel des Krieges befreite Welt nicht mehr erleben und kann das nur für künftige Generationen erhoffen.



Kundgebungsteilnehmer Konstantin Wecker. Foto Helen Jaccard/sicherheitskonferenz.de

In der Präambel der Charta der Vereinten Nationen heisst es: «Wir, die Völker der Vereinten Nationen sind fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat...» Welcher unserer Volksvertreter hat wohl diesen – aus unsäglichem Leid geborenen – Aufschrei der Vereinten Nationen noch im Gedächtnis, geschwe-

ge denn verinnerlicht? PazifistInnen wurden und werden gerne verlacht, verspottet, beschimpft und beleidigt. Ich erlebte und erlebe das immer wieder und zur Zeit vermehrt.

Man wirft uns Naivität vor. Na und? Lieber naiv als korrupt. Lieber sehe ich die Welt mit Kinderaugen als mit den verblendeten Augen der Macht und der Gier. Wir seien feige, wir seien Weicheier. Fragt sich, wie tapfer und harteiig es ist, anstatt selbst in den Krieg zu ziehen, andere jun-

ge Frauen und Männer für das eigene Wohlbefinden auf das Schlachtfeld zu schicken. Wie schrieb Erich Maria Remarque so treffend: «Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hineingehen müssen.» Sollen all die harten Männer doch spotten und schimpfen. Mein sanfter Vater hatte unter der Schreckensherrschaft Hitlers den Kriegsdienst verweigert.

Es herrscht Krieg in Europa

An der Grosskundgebung gegen die 51. Münchner Sicherheitskonferenz sprach am 7. Februar u.a. die Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke und langjährige Friedensaktivistin Sevim Dagdelen. Wir dokumentieren den Schlussteil ihrer Rede.

Von Sevim Dagdelen, MdB

Es herrscht Krieg mitten in Europa. Tausende sind in der Ukraine bereits getötet worden. Und es ist unfassbar: NATO und EU, Washington, Berlin und Brüssel giessen weiter Öl ins Feuer. Die US-Armee bildet seit wenigen Tagen Divisionen der ukrainischen Nationalgarde direkt für den Bürgerkrieg aus. Schwere Waffen werden noch über die NATO-Vasallen an die Kriegsregierung in der Ukraine über das Baltikum verschickt. Und in den USA wird laut über die direkte Lieferung von Rüstungsgütern im Wert von über einer Milliarde pro Jahr laut nachgedacht.

Ich sage euch, das ist nichts als brutale Kriegstreiberei. Wir sagen laut und deutlich: Wir wollen eure Kriege nicht! Wir sagen Nein zu euren Aufrüstungen! Und wir sagen Nein zu eurer Unterstützung eines Regimes in Kiew an dem weiter Nazis beteiligt sind und das auf eine militärische Lösung setzt!

Es herrscht Krieg in Europa. Auch ein Wirtschaftskrieg gegen Russland. Mit Sanktionen wollen die EU und die USA Moskau in die Knie zwingen. Wir wissen wie diese Eskalationsspirale begonnen hat. Sie hat in Kiew begonnen mit der Durchsetzung des

Ich bin es seinem Andenken schuldig, nicht aufzugeben.

«Der Krieg ist Wahnsinn» rief Papst Franziskus während einer Messe an der italienischen Gedenkstätte für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in Fogliano Redipuglia vor 100 000 Menschen aus. Mit einer vehementen Anklage gegen Waffenhändler und Kriegshetzer gedachte der Pontifex der Toten aller Kriege. Und er zog Parallelen zu jener Epoche, deren (trauriges) Jubiläum wir 2014 feierten. Wie 1914, entstünden auch heute Kriege durch geopolitische Pläne, Geldgier, Machthunger und die Interessen der Waffenindustrie. «Die Geschäftemacher des Krieges verdienen damit viel Geld und haben durch ein verdorbenes Herz das Weinen darüber verloren», sagte Franziskus, der mir immer mehr aus dem Herzen spricht.

Ich werde am Samstag in München aus denselben Gründen wie seit vielen Jahren demonstrieren: Ich möchte nicht, dass die Stimme des Pazifismus verlohrengt in einer Zeit des erneuten Säbelrasselns. Ich verstehe mich auch nicht einfach nur als «friedensbewegt» – so bezeichnen sich ja mittlerweile fast alle auch noch so kriegsbereiten Politiker, selbst Waffenhändler, die mit ihren Mordinstrumenten angeblich immer nur Frieden und Sicherheit schaffen wollen – nein, ich bin radikaler: Ich bin Pazifist und Romantiker, Träumer und Barde und ich glaube weiter an die Kraft der gewaltfreien Veränderung. Ungehorsam ist gefragt. Wir sollten Schulen des Ungehorsams gründen, um ein Gegengewicht gegen die die Seele deformierenden Gehorsamsschulen des Militärs zu schaffen. Zuallererst müssen wir PazifistInnen uns gegen die Nebelkerzen wehren, mit denen wir täglich beschossen werden.

Aber, wenn sich der Nebel endlich gelichtet hat, sind wir dann auch bereit, aufzustehen? Was wäre, wenn der Friede kein Wunder bräuchte, sondern eine Revolution?

Quelle: hinter-den-schlagzeilen.de

laut und deutlich: Wir wollen keinen Wirtschaftskrieg gegen Russland! Wir wollen keine neoliberalen Strukturformen, die die Menschen in der Ukraine weiter ins Elend stürzen und auseinanderreiben! Es muss Schluss sein mit dieser EU-Eskalationspolitik an der Berlin einen hohen Anteil hat! Und wir wollen auch nicht, dass weiter mit deutschen Steuergeldern, der Krieg der Oligarchen in der Ukraine gegen das eigene Volk finanziert wird!

Unsere Botschaft ist: Wir stehen an der Seite der Mehrheit der Bevölkerung, die Auslandseinsätze und Rüstungsexporte ablehnt! Wir sagen Nein zur Eskalations- und Aufrüstungspolitik! Wir wollen Ischingers Kriegspropaganda nicht! Wir lassen uns mit Kriegslügen nicht in den nächsten Krieg treiben! In der Ukraine haben deutsche Waffen und deutsche Soldaten nichts zu suchen. In Kiew nicht, in Donetsk nicht, NIRGENDWO! Wir sagen, glaubt ihren Kriegslügen nicht und sagen mit Karl Liebknecht «Alles lernen, nichts vergessen!»

Das Motto der diesjährigen Demo ist «Kein Frieden mit der Nato!» Wohl wahr! Wir wollen Frieden statt NATO!

Zum Schluss meiner Rede möchte ich Euch gern auf den Weg Ernst Bloch mitgeben. Er war es, der einmal sagte: «Auf 1000 Kriege kommen keine 10 Revolutionen. So schwer ist der aufrechte Gang.» Dies gilt gerade heute. Also Freundinnen und Freunde, lasst uns aufrecht gehen!





Der 12jährige Sayed Bakr erlebte während eines tödlichen Raketenangriffs die dunkelsten Seiten des Krieges in Gaza. Foto Robert Tait

Nach dem Krieg in Gaza

Kinder leiden weiter

Mehr als 370 000 Kinder leiden nach Israels Attacke auf Gaza im letzten Jahr an einer Kriegsneurose, berichtete Ende Januar der Jerusalem-Korrespondent der britischen Tageszeitung *The Telegraph*, Robert Tait.

Von Robert Tait

Sayed Bakr erlebte während eines tödlichen Raketenangriffs die dunkelsten Tage des Krieges in Gaza.

Sich unter das Portrait seines vertrautesten Bruders Mohammed zu stellen, den er bei diesem Angriff verloren hatte, ist für ihn zu viel. Nachdem er sich zunächst freiwillig unter das Bild begab, brach der 12-Jährige zusammen und schrie nach seiner Mutter.

Sayed und seine Freunde waren das Ziel von einem der schrecklichsten Episoden des Krieges im letzten Sommer zwischen Israel und Hamas in Gaza. Während sie am Strand Fussball spielten, kamen sie unter Beschuss eines israelischen Piloten, der sie anscheinend für Militante hielt.

Vier Knaben der Bakr-Familie starben bei dem Raketenbeschuss und vier wurden verletzt. Sayed selbst war vor Schrecken paralysiert, konnte nicht mehr sprechen und drehte und wand sich an einer Mauer.

Heute, also sechs Monate später, ist er eines von hundertausenden Kindern in Gaza, die eine Behandlung der Kriegsneurose bräuchten. Nach Schreianfällen, Alpträumen und häufigen Gewaltausbrüchen wurden ihm antipsychotische Medikamente gegen post-traumatische Stressorder (PTSD) gegeben. Er geht nicht mehr zur Schule. Häufig hat er Visionen von der Explosion. «Gewöhnlich träume ich davon, dass ich tot bin», sagte Sayed. Zögerlich spricht er im spartanischen Wohnzimmer, nur ein paar hundert Meter von der Stelle, wo der Beschuss stattfand. «Ich sehe im Traum noch immer, wie meine Brüder und Cousins hinter mir her rennen. Als die Raketen fielen und wir weg-rannten, war ich sicher, dass wir alle sterben würden. Noch heute steckt der Schrecken in meinen Gliedern. Wann immer ich ein lautes Geräusch oder einen Knall höre, erschrecke ich.»

Er ist nicht allein. Es gibt in Gaza eine Menge Geschichten von schwer traumatisierten Kindern, die unter den Auswirkungen des Krieges leiden. Der 50-Tage-Konflikt hinterliess 539 tote Kinder und fast 3 000 verletzte Kinder, aber nach der UN sind die psychischen Verletzungen genau so verheerend, wenn nicht gar noch schwieriger in Zahlen auszudrücken.

Mehr als ein Drittel betroffen Kinder, die zusahen, wie ihre Geschwister oder Eltern oft grauenhaft getötet wurden, sind geschlagen zurückgeblieben und etwa 35–40% von Gazas Millionen Kindern leiden an Kriegsneurose, wie der Psychologe Hasan Zeyada vom Gaza Community Mental Health Programm (GCMHP) sagt.

Am 28. Januar sagte eine israelische Menschenrechtsgruppe, dass die israelischen Politiker und militärischen Führer das Internationale Gesetz gebrochen haben, als sie darauf bestanden zivile Wohngebiete zu bombardieren, sogar nachdem es offensichtlich wurde, dass dies Tausende unschuldiger Leute töten würde.

UNICEF gab zu, dass ihm die Quellen fehlen, um damit zurecht zu kommen. «Wir schätzen, dass 373 000 Kinder im Gazastreifen nach dem Krieg psycho-soziale Hilfe benötigen»; sagte Pernille Ironside, Leiterin der Agentur des Gaza-Feldbüros. «mit einem Drittel dieser Kinder arbeiten wir, die andern zwei Drittel brauchen Unterstützung und bekommen sie nicht.»

Teure Behandlung

Die Aussicht ist düster, auch für die, die schon Hilfe bekommen.

Muntaser Bakr, 11, Sayeds Cousin, der bei dem Angriff auf den Strand am Kopf, Arm und Rücken verletzt wurde, verlor seinen zehnjährigen Bruder Zakaria. Auch er wurde mit PTSD diagnostiziert, aber in einer schlimmeren Notlage.

Medikamente kosten 66 Pfund je Rezept – eine grosse Belastung für seine verarmte Familie. Dies braucht er für seine regelmässigen Anfälle und nervösen Zuckungen.

Wochen nach dem Krieg versuchte Muntaser nach einem Streit mit seinem Vater vom Balkon der ersten Etage – die Wohnung der Familie – zu springen, in einem offenbaren Selbstmordversuch. Ahad, sein Vater, Fischer wie die meisten Männer der Familie, konnte dies im letzten Augenblick verhindern. Muntaser musste von der Schule genommen werden, nachdem er «beinahe einen Jungen aus seiner Klasse getötet hatte», wie der 55jährige Ahad Bakr berichtet. Die gewalttätige Tendenz führte er zu Hause weiter, bis dahin, dass er versuchte, die vierjährige Tochter eines seiner älteren Brüder aufzuhängen.

«Ich sterbe täglich 100 mal, wenn ich ihn so sehe,» sagte Herr Bakr, als Muntaser neben ihm mit zwei Teddybären herumzappelte. «Er ist nicht mehr dasselbe Kind. Er will nicht mehr gehorchen. Egal was wir sagen. Wenn er etwas will, fordert er es, egal wie es sich auf andere auswirkt. Eine Zeit lang sagte er, er wolle ein Kämpfer werden, um so den Tod seines Bruders und seiner Cousins zu rächen. Er hat jetzt damit aufgehört und ich will ihn nicht daran erinnern.»

Während sich bei vielen Jungs die Massaker des letzten Sommers ausgewirkt haben und sie gewalttätig wurden, haben sich bei den Mädchen die Traumata oft darin geäussert, dass sie sich bedrückt zurückzogen.

Die zehnjährige Sara Kudaih wird vom Tod ihres jüngsten Bruders, Anas, verfolgt, der nach einer Verletzung während der Bombenangriffe auf die Stadt Khurzaa an der Grenze mit Israel verblutete.

Die Familie musste unter einem Raketenhagel fliehen; sie liessen den siebenjährigen Anas mit einer schrecklichen Bauchwunde auf dem Boden liegen. Es war eine grässliche Szene, die Sara mitbekam und von einem Sanitäter des Roten Halbmondes gefilmt wurde, der Stunden später ankam und den sterbenden Jungen vorfand.

Heute ist sie ein ängstliches, introvertiertes Kind, das sich oft weigert zu essen oder Hausarbeit zu machen, nachdem sie vorher eine ausgezeichnete Schülerin war, nach Aussagen der Eltern. Wenn man sie fragt, wie sie sich fühlt, antwortet sie: «Traurig – ich habe meinen Bruder verloren. Er wurde getötet.»

Spezialisten haben 12 intensive Therapiesitzungen empfohlen, um Saras PTSD zu behandeln. Selbst dann wird sie wahrscheinlich nur 70% Erholung erreichen, nach Mahmoud Abdul Aziz Abu-Toaima, einem Psychologen vom Palästinensischen Zentrum für Demokratie und Konfliktlösung.

Nicht alle erfahren Hilfe

Dabei ist sie noch eine der Privilegierten. Diana und Mohammed Ayad wurden Waisen, nachdem ihre verwitwete Mutter während der Bombardierung von Gazas Vorort Shejaiya getötet wurde, als die Familie ihre Wohnung zu verlassen versuchte.

Keines der beiden Kinder hat psychologische Untersuchung oder Unterstützung erhalten trotz beständiger psychischer Gesundheitsprobleme, wie Verwandte berichten. Ganz abge-

sehen von den physischen Verletzungen der 15jährigen Diana, die umfassende Hauttransplantationen benötigt und Mohammed, 10, dem ein Zeh amputiert werden musste.

Diana, die einmal wünschte, Ärztin zu werden, geht nicht mehr zur Schule; Sie ist wegen ihrer Verletzungen an die von Raketen verwüstete Wohnung gebunden.

«Ich fühle mich psychisch wegen des Geschehens sehr schlecht und leide sehr unter meinen Beinverletzungen,» sagte sie, «ich bin nicht froh, dass ich überlebte. Ich wünschte, ich wäre gestorben.»

All dies findet vor dem Hintergrund einer verwüsteten Landschaft zusammengefallener Gebäude und Infrastrukturen statt. Zwar wurden nach dem Konflikt 3,3 Milliarden Dollar an Wiederaufbauhilfe versprochen, doch von dem Geld hat noch niemand etwas gesehen. Shejaiya ist heute eine Szene schlimmster Gewalt und sieht kaum anders aus als sein zertrümmertes äusseres Erscheinungsbild kurz nach Israels Bodenoffensive. Es ist eine makabre Aussicht, den die psychologischen Helfer haben, sie reden von einer «verlorenen Generation» der Kinder in Gaza.

«Der letzte Krieg überschreitet die zusammengefasste Zahl von Toten und Verletzten aller vorausgegangener Kriege und die Auswirkung auf die Kinder von Gaza und ihre Zukunft sieht absolut desolat aus,» sagte Frau I. von UNICEF. «Die Erwachsenen hier leben mit dem Risiko, die Hoffnung zu verlieren, und wir sehen vor uns die Gefahr, eine ganze Generation Kinder zu verlieren, die nichts zu verlieren haben, und so potentiell in militante Aktivitäten geraten.»

Deutsche Übersetzung von Ellen Rohlf. Quelle: Palästina-Portal

Lebensgrundlagen von Beduinen vernichtet

Obdachlos im Winter

Seit Anfang 2015 zerstörte die zivile Verwaltung der israelischen Verteidigungskräfte (IDF) 77 Häuser, Viehställe, landwirtschaftliche Gebäude und andere Gebäude der Palästinenser in der Zone C der Westbank, da sie ohne Genehmigung gebaut worden seien. Die Folge davon ist, dass gemäss einem Bericht, des UNO-Büros für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) 110 Menschen, die Hälfte davon Kinder, nun mitten im Winter obdachlos sind.

Von Amira Hass

Zwischen dem 19. und 26. Januar seien 41 Gebäude zerstört worden, sagte OCHA, viel mehr als der wöchentliche Durchschnitt im Jahr zuvor, als es 9 Zerstörungen pro Woche gab. Wöchentlich kommt der Inspektor der Zivilverwaltung mit 45 Baustopp-Befehlen und zwei Zerstörungsbefehlen.

2014 zerstörte die Zivilverwaltung die Wohnungen von 969 Palästinensern – im Ganzen 493 Häuser und Nebengebäude, die ohne Genehmigung in der Zone C der Westbank gebaut wurden. Zone C steht nach den Oslo-Verträgen unter ausschliesslicher Kontrolle Israels. In Ostjerusalem wurden 7 palästinensische Gebäude zerstört, einschliesslich zwei am 29. Januar im Vorort Jabal Mukkaber. Weiter wurden Gebäude in Isawiyah, Shoafat und Ras al Amud abgerissen. In Ostjerusalem wurden 2014 208 Palästinenser obdachlos, nachdem Israel 97 Gebäude zerstört hat. 2014 zerstörten israelische Behörden – immer gemäss OCHA – 590 palästinensische Strukturen in Zone C und Ost-Jerusalem und machte so 1177 Personen obdachlos.

Besonders betroffen sind Beduinen-Gemeinschaften

Die 41 von der Zivilverwaltung zwischen dem 19. und 26. Januar zerstörten Bauten gehören laut OCHA zu Beduinen-Gemeinschaften im Raum von Hebron, Jericho, Ramallah und Beit Iksa, nordwestlich von Jerusa-

lem. Das schliesst Gebäude mit ein, die von europäischen Hilfsorganisationen finanziert worden waren

UN-Koordinator James W. Rawley macht sich angesichts dieser von Israels Behörden ausgeführte Serie von Zerstörungen palästinensischer Wohnhäuser in der Westbank und Ost-Jerusalem Sorgen. «In nur 3 Tagen wurden 77 Palästinenser, über die Hälfte davon Kinder obdachlos gemacht», sagte Herr Rawley. «Die Zerstörungen, die in zwangsweiser Vertreibung resultieren, sind gegen Israels Verpflichtungen nach dem Internationalen Gesetz und schaffen unnötiges Leid und Spannung. Sie müssen sofort gestoppt werden», sagte Rawley.

Israels Planungspolitik begrenzt für Palästinenser die Möglichkeit stark, in Ost-Jerusalem zu bauen und diskriminiert sie so, verglichen mit Juden. In Zone C – dem grössten Teil der Westbank – erlaubt Israel, von Ausnahmefällen abgesehen, keine zusätzlichen Bauten. Israel gestattet gemäss OCHA auch nicht den Anschluss hundert Gemeinden mit ca. 300 000 Bewohnern an die Infrastruktur (Wasser, Abwässersystem, Strom). Deshalb ziehen die Menschen aus dieser Zone in überbevölkerte palästinensische Enklaven, und leben dort unter sehr schwierigen Bedingungen oder bauen ohne Genehmigung, da sie keine andere Wahl haben.

Quelle: Haaretz, von Ellen Rohlf übersetzt und leicht gekürzt.

Israelische Ärzte klagen ihr Land an

Die israelische Organisation «Ärzte für Menschenrechte» (PHR in der englischen Abkürzung) wirft der israelischen Regierung in einem im Januar 2015 veröffentlichten Bericht zum Gazakrieg zahlreiche Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht vor. Diese hätten zu hohen Opferzahlen unter der palästinensischen Zivilbevölkerung während des Gaza-Krieges im Sommer 2014 geführt.

Die israelische Ärzteorganisation befragte für ihren Bericht Kriegsoffer, palästinensische Rettungssanitäter und Ärzte und wertete Akten zu 370 Todesfällen aus. Sie stellte die einzige unabhängige Untersuchungsgruppe, denen die israelischen Behörden während des Krieges die Einreise in den Gazastreifen erlaubten.

Von den 68 befragten Verletzten gaben lediglich fünf an, sie seien durch das israelische Militär vor dem Angriff gewarnt worden. Die Befragten beklagten zudem, dass selbst für diese im Gazastreifen sichere Orte und Fluchtwege gefehlt hätten. Laut dem Bericht hat das israelische Militär Geschosse von massiver Sprengkraft eingesetzt. Zudem seien sogenannte «Flechette»-Granaten von Panzern abgefeuert worden, die bei der Explosion Hunderte Metallpfeile hunderte Meter weit in alle Richtungen verstreuen.

Die PHR dokumentieren in dem Bericht auch Angriffe auf medizinisches Personal und medizinische Einrichtungen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation und des palästinensischen Gesundheitsministeriums seien 23 medizinische Fachkräfte getötet und weitere 83 verletzt worden. Zudem wurden während des Angriffs 17 Krankenhäuser und 56 Gesundheitseinrichtungen zerstört oder beschädigt. Die Ärzteorganisation kritisiert die sogenannten «Doppelschläge», bei denen nach einem Angriff die zu Hilfe eilenden Verwandten und Rettungskräfte angegriffen werden.

Quelle: Pressemitteilung der IPPNW vom 22.1.2015

Hoffnung auf das Weltgericht

Der Internationale Strafgerichtshof, das von 120 Staaten anerkannte Weltgericht, prüft Informationen über israelische Kriegsverbrechen in Palästina.

Dies teilte Chefanklägerin Fatou Bensouda in Den Haag mit. Es handle sich um eine vorläufige Prüfung, die sie unabhängig und unparteiisch führen werde.

Die Palästinensische Behörde hatte zum Jahreswechsel ihre Aufnahme in den Internationalen Strafgerichtshof beantragt. Damit ist eine Untersuchung durch den Strafgerichtshof möglich, die sich sowohl gegen die Palästinenser selbst richten könnte als auch gegen Israel, das nicht Mitglied des Strafgerichtshofs ist.

Israel hatte im Sommer 50 Tage lang Aggression gegen die Palästinenser im Gazastreifen geführt. Bei den israelischen Bombardierungen starben nach UN-Angaben mehr als 2 100 Palästinenser, die meisten von ihnen Zivilisten.

Der Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof ist Teil einer breiter angelegten Strategie der Palästinenser, Israel zum Rückzug aus den besetzten Palästinensergebieten zu drängen. Ziel ist die internationale Anerkennung Palästinas als Staat.

Mumia Abu-Jamal ist kein Einzelfall Polizei toppt Justiz

In den USA gelingt es den Gewerkschaften der Polizei nach wie vor, die Durchsetzung der Rechtsnormen für alle Bürger zu behindern. Offenbar verfügt ausgerechnet die Justiz der Vereinigten Staaten nicht über die unabhängige Macht, die ihr verfassungsmässig zukommen müsste.

Von Sabine Kebir

Was hat der aktuelle Fall Michael Brown mit dem Fall Mumia Abu-Jamal zu tun, der seit 1982 schwelt? In beiden Fällen – und der ebenfalls bekannt gewordene Fall des Eric Garner legt nahe, dass es nicht die einzigen sind – stellten sich Polizeigewerkschaften erfolgreich gegen die rechtsstaatlich gebotene Sorgfalt bei der Aufklärung von Tötungsdelikten zwischen weissen und schwarzen Bürgern der Vereinigten Staaten. Der Polizist Darren Wilson, der im August in Ferguson/Missouri den unbewaffneten siebzehnjährigen Michael erschoss, wurde von seiner Gewerkschaft nicht nur vor der Untersuchungshaft geschützt. Angesichts des mächtigen Polizistenverbandes knickte auch die Jury der Staatsanwaltschaft ein, die untersuchen sollte, ob sich Wilson zumindest einem juristischen Verfahren stellen müsse. Dass sie sich – wie auch die Jury im Fall Garner – angeblich mangels Beweismaterials, dagegen entschied, löste rasende Protestwellen aus. Sie waren vorhersehbar, denn farbige Bürger der Vereinigten Staaten sitzen – weitaus überproportional – oft wegen geringer Vergehen jahrelang im Gefängnis. Und liegt eine Anklage gegen einen farbigen Bürger wegen eines Tötungsdelikts vor – wie in Mumia Abu-Jamals Fall – reichen schlampig erbrachte Indizien und eine nachgewiesenerweise nicht verfassungsmässig funktionierende Jury aus, um zur Höchststrafe zu führen.

Druck der weissen Polizistenlobby

Abu-Jamal war 1982 wegen angeblichen Polizistenmords an Officer Daniel Faulkner in Philadelphia zum Tode verurteilt worden. Auch hier spielte und spielt die dortige Polizeigewerkschaft eine verhängnisvolle Rolle. Bis heute verhinderte sie durch massiven öffentlichen und noch weitaus massiveren nichtöffentlichen Druck eine ordentliche Untersuchung der Hintergründe und Umstände von Faulkners Tod, dem eine Schiesserei voranging, bei der auch Abu-Jamal schwer verletzt wurde. Alljährlich

am Todestag ihres Kollegen Faulkner hält die Polizeigewerkschaft am Ort des Geschehens eine öffentliche Gedenkveranstaltung ab, auf der bis vor vier Jahren stets die Vollstreckung des Todesurteils an Mumia Abu-Jamal gefordert wurde, wozu sich übrigens auch die Gouverneure des Bundesstaats Pennsylvania regelmässig öffentlich bekannten. Wenn der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten schliesslich anerkannte, dass der Prozess von 1982 nicht den gültigen rechtsstaatlichen Normen entsprochen hatte, und das Distriktsgericht von Philadelphia 2011 die Todesstrafe deshalb in lebenslängliche Haft ohne Berufungsmöglichkeit umwandelte, war das ein Erfolg weltweiter Solidarität verschiedenster Gruppen, die sich jahrzehntelang für Abu-Jamal eingesetzt hatten. Diesem Schritt der Justiz lag zweifellos ein politischer Kompromiss zugrunde, durch den einerseits die Polizeigewerkschaft halbwegs zufriedengestellt und ander-



Mumia Abu-Jamal. Der heute 63jährige afroamerikanische Journalist sitzt seit Ende 1981 in Kerkerhaft, nahezu 30 Jahre davon in der Todeszelle.

erseits die internationale Aufmerksamkeit für den Fall abgeschwächt werden sollte, die dem Ansehen der Vereinigten Staaten erheblich schadet.

Aktives deutsches PEN-Zentrum

Tatsächlich gab sich ein Grossteil der Unterstützer Mumia Abu-Jamals mit der Aufhebung des Todesurteils zufrieden, die Solidaritätsbewegung ebte ab. Das deutsche PEN-Zentrum hat sich jedoch auch nach 2011 konti-

nuerlich darum bemüht, Abu-Jamals Anwälte bei der Forderung nach einem neuen, fairen Prozess zu unterstützen. Denn dass es keine Berufungsmöglichkeit mehr für ihn geben soll, obwohl anerkannt ist, dass es nie eine saubere Untersuchung gegeben hat, hält das deutsche PEN-Zentrum für einen unerträglichen Widerspruch, wie auch die blosse Tatsache, dass der mittlerweile über sechzigjährige Gefangene, der zweifellos keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, nach dreiunddreissigjähriger Haft nicht entlassen wird. Das PEN-Zentrum unterstützt die Forderung der Familie Mumia Abu-Jamals nach unverzüglicher Freilassung.

Auf der im September 2014 stattgefundenen Jahrestagung in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek hat nun auch der Internationale PEN auf Antrag der deutschen und der französischen Sektion eine Resolution für Mumia Abu-Jamal verabschiedet, deren wichtigster Punkt die Feststellung ist, dass nach europäischem Rechtsverständnis eine fortgesetzte lebenslange Inhaftierung ohne Berufungsmöglichkeit, wie Abu-Jamal sie erleidet, als Folter anzusehen ist. Der Internationale PEN fordert die Justizbehörden der Vereinigten Staaten auf, dafür zu sorgen, dass der Gefangene die Möglichkeit eines fairen Berufungsverfahrens erhält.

Während der Vorbereitung der Resolution des Internationalen PEN hatten Autoren aus den USA gewarnt, dass die Erklärung Mumia Abu-Jamal mehr schaden als nützen könne. Tatsächlich muss man sich fragen, ob ein kürzlich vom Parlament von Pennsylvania beschlossenes Gesetz, das es Gefangenen erschweren soll, sich in öffentlichen Medien Gehör zu verschaffen, nicht eine Reaktion auf die Resolution des Internationalen PEN darstellt. Zweifelsfrei ist, dass das Gesetz vor allem auf Mumia Abu-Jamal zugeschnitten ist, dem es bis heute gelingt, per Radio, mit Zeitungsartikeln und Büchern in die Öffentlichkeit vorzudringen. Es war kein Zufall, dass Pennsylvanias Gouverneur Tom Corbett das Gesetz am 21. Oktober 2014 auf einer Tribüne unterzeichnete, die eigens zu diesem Zweck an dem Platz errichtet worden war, an dem Officer Faulkner 1981 seinen Verletzungen erlag. Anwesend waren eine grosse Abordnung von Polizisten und Faulkners Witwe, die vor einigen Jahren ein Buch veröffentlichte, in dem sie behauptet, die Schuld Abu-Jamals am Tod ihres Mannes eindeutig beweisen zu können. Mumia Abu-Jamal kündigte inzwischen an, dass er – sollte ihm oder einem anderen Gefangenen das freie Wort an die Öffentlichkeit verboten werden – vor dem obersten Verfassungsgericht gegen das in Pennsylvania erlassene Maulkorbgesetz für Inhaftierte klagen wird.

Nicht nur in Ferguson, auch in Philadelphia gelingt es den Gewerkschaften der Polizisten nach wie vor, die Durchsetzung der Rechtsnormen für alle Bürger zu behindern. Offenbar verfügt ausgerechnet die Justiz der Vereinigten Staaten nicht über die unabhängige Macht, die ihr verfassungsmässig zukommen müsste. Anders ist es nicht zu erklären, dass die Gefängnisindustrie vor allem von überproportional vielen farbigen Inhaftierten profitieren kann.

Die Institutionen des sich gern als demokratischer Vorreiter der Welt gebärdenden Landes konnten nicht verhindern, dass es nach wie vor vom «Rassenkonflikt» zerrissen ist. Das hat auch der erste farbige Präsident nicht ändern können. Die aussergerichtliche Exkulpierung von Darren Wilson hat Proteste ausgelöst, die hässliche Schatten auf die ausklingende Amtszeit Obamas werfen. Sie werden den Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen viele Wählerstimmen kosten.

Quelle: Ossietzky, 1/2015



Lasst Mumia frei! Kundgebung in Philadelphia. Foto AP/Mark Stehle

Ostermarsch 6.4.2015 Marche de Pâques

Frieden schafft Raum –

La paix crée de l'espace –

faire de la place pour la paix

dem Frieden Raum schaffen

<p>13.00 Auftakt départ Eichholz an der Aare Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern à la gare tram 9 direction Wabern descendre terminus Wabern</p>	<p>14.30 Schlusskundgebung Clôture Münsterplatz Place de la Col- légiale mit avec Amanda Gavilanes (GSoA GSsA) und Ahmad Abo Alos (Kriegsdienstverweiger- er aus Palästina/Syrien ob- jecteur de conscience de Pa- lestine/Syrie)</p>	<p>Musik <i>Musique</i> : LOS VACIOS DE CHARLY (Cumbia, Reggae, Samba, Ska) losvaciosdecharly.com</p> <p>Feines Essen und Trinken aus dem Jura <i>Restauration jura- sienne</i> lescheminsdubio.ch</p>
--	--	--

ostermarschbern.ch marchedepagues.ch

Weltweit befinden sich rund 51 Millionen Menschen auf der Flucht. Viele davon fliehen vor Gewalt, bewaffneten Konflikten und Kriegen. Diese werden angeheizt von politischen Machtinteressen, Profitgier und der damit verbundenen Ausbeutung von Mensch und Natur. Skrupellose Regierungen, mächtige Geheimdienste und der militärisch-industrielle Komplex tragen Verantwortung und müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die Schweiz ist daran beteiligt, Grenzen zu schliessen und durch Waffenexporte Milliarden Gewinne zu erzielen. Auch bei uns versuchen Gruppierungen, das Völkerrecht auszuhebeln. Anstatt den Krieg zu planen, müssen wir den Frieden vorbereiten.

Aujourd'hui, dans le monde, environ 51 millions de personnes sont en fuite à cause de la violence, de conflits armés et de guerres. Ceux-ci sont attisés par les intérêts des pouvoirs politiques, par l'appât du gain, et, conséquence directe, par l'exploitation des êtres humains et de la nature. Des gouvernements sans scrupule, des services de renseignements puissants et le complexe militaro-industriel portent une lourde responsabilité et doivent rendre des comptes. La Suisse aussi y participe par la fermeture des frontières, la réduction des droits des peuples et l'appât de gains à hauteur de milliards grâce à l'exportation d'armements. Chez nous aussi, certains tentent de contourner le droit international. Au lieu de planifier la guerre, nous devons préparer la paix.

Mit dem Ostermarsch 2015 fordern wir deshalb:

- Solidarität zeigen mit allen Menschen auf der Flucht. Grenzen überwinden, in Köpfen und auf Karten
- Völkerrecht stärken. Nur staatenübergreifende Regelungen können den Frieden sichern
- Schweizer Waffenexporte stoppen. Die Schweiz muss aufhören, am Leid und Tod anderer mitzuverdienen

Avec la Marche de Pâques 2015, nous voulons :

- Montrer la solidarité avec tous les hommes et toutes les femmes en fuite. Dépasser les frontières aussi bien dans les têtes que sur les cartes.
- Renforcer le droit international. Seules des conventions supranationales peuvent assurer la paix.
- Stopper l'exportation d'armes. La Suisse doit cesser de s'enrichir aux dépens de la souffrance et de la mort d'autrui.

Basler Frauenvereinigung für Friede und Fortschritt / Union des Femmes pour la Paix et le Progrès, Basissgruppen-Bewegung Schweiz / Communautés chrétiennes de base suisses, ckt – Die feministische Friedensorganisation / FOND féministe pour la paix, Christliches Pfaffenamt Bern / Cure catholique chrétienne de Berne, Demokratische Juristinnen Schweiz / Juristes Démocrates de Suisse, Erklärung von Bern, Regionalsgruppe Bern, Déclaration de Berne, group régional de Berne, Evangelische Frauen Schweiz / Femmes protestantes en Suisse, Frauen für den Frieden Schweiz / Femmes pour la Paix Suisse, Friedensbildung Schweiz/éducation pour la paix, Gesellschaft für bedrohte Völker / Société pour les peuples menacés, GSoA – Gruppe für eine Schweiz ohne Armees / GSoA – Groupe Suisse sans Armée, Evangelisch-methodistische Kirche / Eglise évangélique méthodiste, HES – EPFR, HES Regionalstelle Bern / EPFR bureau régional de Berne, IFOR Schweiz / MIR Suisse, Katholische Kirche der Stadt Luzern – Bereich Migration/Integration, Katholische Kirche Region Bern – Fachstelle Kirche im Dialog / Eglise catholique romaine dans le canton de Berne, Konferenz der Nonnenkonvente Schweiz / Conférence monastique suisse, Mission 21, NCB – National Coalition Building Institute, DaME – Kommission der Evang.-rel. Gesamtkirchengemeinde Bern / Commission terre nouvelle de la paroisse générale réformée de Berne, Peace – Solidarité des International, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn – Bereich DaME-Migration, Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl und Ausländerrecht / Observatoire suisse du droit d'asile et des étrangers, Schweizerische Friedensrat SFR / Conseil Suisse de la Paix, SCI Schweiz / SCI Suisse, Secteur Terre Nouvelle de l'arrondissement francophone des Eglises réformées Berne-Jura-Solothurn, soif – Solidarité sans frontières, StopArms 2015 /stoparmes2015, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung / Mouvement théologique de solidarité et de libération, Verein Berner Bestandungsstelle für Sans-Papiers / Association de centre bernois pour sans-papiers, WILPF/Schweiz/ WILPF/Suisse Schweizerische Friedensbewegung / Mouvement Suisse de la Paix

Fortsetzung von Seite 1

Dieselben Mächte, die von der Krise profitieren, arbeiten auf neue Kriege gegen souveräne Staaten hin. Die USA, ihre Alliierten von der EU, die NATO als ihre gemeinsame Kriegsmaschine, sie nutzen alte und neue Vorwände, um die Kontrolle über Energieressourcen, Märkte und Einflussphären in verschiedenen Teilen der Welt sicher zu stellen. Die Kriege, denen wir heute begegnen, sind eine Konsequenz solcher Politik.

Die imperialistischen Mächte und ihre Alliierten arbeiten ebenfalls auf gewaltsame Regimewechsel oder sogenannte 'farbige Revolutionen' hin, die gegen andere souveräne Nationen gerichtet sind. In ihren Versuchen, an Bodenschätzen reiche Länder zu destabilisieren oder deren Regierungen zu stürzen, kreieren, nutzen oder unterstützen sie indirekt rechtsextreme oder fremdenfeindliche Gruppen; inklusive religiös fundamentalistische und bewaffnete Gruppierungen. Diese Strategien werden von den globalen Massenmedien unterstützt, denn im Interesse des Imperialismus' verheimlichen sie den Menschen die Wahrheit. (...)

Unter anderem wird sich der WPC im Jahr 2015 für das Gelingen der dritten internationalen Konferenz zur Abschaffung fremder Militärbasen einsetzen. Sie wird im November 2015 in Guantanamo, Kuba stattfinden. Auch ruft und vereint der WPC weiterhin die Kräfte, welche die Anerkennung des unabhängigen Staates Palästina innerhalb der Grenzen vom 4. Juni 1967 und den Staat Palästina als unabhängiges Mitglied der UN zum Ziel haben. Weiter werden vom Sekretariat Möglichkeiten erkundet, weitere Sekretariats- und Exekutivtreffen abzuhalten.

Das Exekutivkomitee richtet seinen hochachtungsvollsten Dank an die Menschen in Goa und an die Goa Regionalgruppe der AIPSO: Für das Ausrichten des Treffens und dafür, dass alle Teilnehmer mit grösster Gastfreundschaft aufgenommen wurden.

(Gekürzte Übersetzung aus dem Englischen von Yannick van den Berg, 10.02.2015. Die vollständige Stellungnahme kann auf der Internetseite der SFB eingesehen werden: www.friedensbewegung.ch)

Kuba fordert Dialog auf Augenhöhe

Für ein zivilisiertes Zusammenleben

In seiner Ansprache auf dem Dritten Gipfeltreffen der CELAC, der Wirtschaftsorganisation der lateinamerikanischen und karibischen Staaten, bekräftigte der kubanische Präsident Raúl Castro Ruz am 28. Januar 2015 in Costa Rica, dass die kubanische Außenpolitik ihren revolutionären Prinzipien treu bleiben werde. Wir dokumentieren nachstehend jenen Teil seiner Rede, in welcher er auf die Beziehungen zu den USA zu sprechen kam.

Von Raúl Castro Ruz

Am 17. Dezember kehrten die kubanischen antiterroristischen Kämpfer Gerardo Hernández, Ramón Labañino und Antonio Guerrero in ihre Heimat zurück, die zusammen mit Fernando González und René González für uns eine Quelle des Stolzes und ein Beispiel für Standhaftigkeit sind.

Der US-Präsident bestätigte das Scheitern der seit über fünfzig Jahren gegen Kuba angewandten Politik und die vollständige Isolation, die sie für sein Land bewirkt hat, den Schaden, den die Blockade unserem Volk verursacht hat und er wies die Überprüfung der offensichtlich nicht zu rechtfertigenden Aufnahme der Insel in die Liste der Länder an, die den internationalen Terrorismus fördern.

An diesem Tag gab er auch die Entscheidung bekannt, die diplomatischen Beziehungen der USA mit unserer Regierung wieder aufzunehmen.

Diese Veränderungen sind das Ergebnis eines fast anderthalb Jahrhunderte währenden heldenhaften Kampfes und der Treue des kubanischen Volkes zu seinen Prinzipien. Sie wurden auch möglich dank der neuen Ära, die unsere Region erlebt, und der starken und mutigen Forderungen der Regierungen und Völker der CELAC.

Wir werden uns nicht provozieren lassen

(...) Wie ich schon mehrfach erklärt habe, müssen wir, Kuba und die Vereinigten Staaten, die Kunst des zivilisierten Zusammenlebens erlernen, basierend auf der Respektierung der Unterschiede zwischen den beiden Regierungen und in der Zusammenarbeit bei Themen von gemeinsamem Interesse, die zur Bewältigung der Herausforderungen der Hemisphäre und der Welt beiträgt.

Aber es darf nicht der Anspruch gestellt werden, dass Kuba dafür seine Ideale der Unabhängigkeit und sozialen Gerechtigkeit aufgibt, auch nur von einem seiner Prinzipien abweicht oder auch nur einen Millimeter in der Verteidigung der nationalen Souveränität zurückgeht.

Wir werden uns nicht provozieren lassen, aber wir werden auch kein Ansinnen auf Beratung oder Druck in Sachen unserer inneren Angelegenheiten akzeptieren. Wir haben uns dieses souveräne Recht mit grossen Opfern und auf Kosten grösster Risiken verdient.

Könnten etwa die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen werden, ohne dass die Finanzdienstleistungen für die Interessenvertretung Kubas und ihr Konsulat in Washington wiederhergestellt werden, die als Folge der Finanzblockade unterbrochen wurden? Wie wäre eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen erklärlich, ohne dass Kuba aus der Liste der Staaten, die den internationalen Terrorismus fördern, entfernt wird? Wie wird von nun an das Verhalten der US-Diplomaten in Havanna in Bezug auf die Einhaltung der in der Internationalen Konvention für diplomatische und konsularische Beziehungen festgelegten Normen sein? Dies ist es, was unsere Delegation dem US-Aussenministerium in den bilateralen Gesprächen

letzte Woche gesagt hat, und es werden weitere Treffen erforderlich sein, um diese Themen zu behandeln.

Klima verbessern

Wir haben mit dem US-Präsidenten die Bereitschaft geteilt, zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen voranzuschreiten, sobald die diplomatische Beziehungen wiederaufgenommen sind, was bedeutet, gegenseitige Massnahmen zu ergreifen, um das

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist der Beginn eines Prozesses der Normalisierung der bilateralen Beziehungen, aber diese wird nicht möglich sein, solange die Blockade besteht und das unrechtmässig durch den Marinestützpunkt von Guantánamo besetzte Gebiet nicht zurückgegeben wird (Beifall), die Radio- und Fernsehübertragungen, die Internationales Recht verletzen, nicht aufhören und es für unser Volk keine gerechte Entschädigung für die erlittenen menschlichen und wirtschaftlichen Schäden gibt.

Es wäre weder ethisch, gerecht noch akzeptabel wenn man von Kuba etwas im Austausch verlange. Solange diese Probleme nicht gelöst sind,

stimmung des Kongresses substantiell zu modifizieren.

Er könnte in anderen Wirtschaftsbereichen das erlauben, was er im Bereich der Telekommunikation mit dem offensichtlichen Ziel, die Politik in Kuba zu beeinflussen, autorisiert hat.

Seine Entscheidung, im Kongress eine Debatte mit dem Ziel der Aufhebung der Blockade zu führen, ist bedeutsam gewesen.

Die Sprecher der US-Regierung haben ganz deutlich erklärt, dass sich jetzt die Methoden, aber nicht die Ziele ihrer Politik verändert hätten und sie bestehen auf der Einmischung in unsere Angelegenheiten, was wir nicht akzeptieren werden. Die Gegen-



Der kubanische Staatspräsident Raúl Castro Ruz am III. Gipfeltreffen der CELAC in Costa Rica. Foto Prensalibre

Klima zwischen den beiden Ländern zu verbessern, andere offene Fragen zu lösen und in der Zusammenarbeit voranzukommen.

Die aktuelle Situation öffnet in bescheidenem Masse eine Möglichkeit für die Hemisphäre, neue und höhere Formen der Zusammenarbeit zu finden, die den beiden Amerikas zugute kommen. Dies würde ermöglichen, drängende Probleme zu lösen und neue Wege zu eröffnen.

Der Text der Proklamation von Lateinamerika und der Karibik als Friedenszone ist die unverzichtbare Plattform dafür, einschliesslich der Anerkennung dessen, dass jeder Staat das unveräusserliche Recht hat, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System zu wählen, ohne Einmischung in irgendeiner Form durch einen anderen Staat, was einen unverzichtbaren Grundsatz des Völkerrechts darstellt.

Guantánamo gehört Kuba

Das Hauptproblem ist nicht gelöst worden. Die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die gewaltige menschliche und wirtschaftliche Schäden hervorruft und eine Verletzung internationalen Rechts darstellt, muss aufhören.

Ich erinnere an das Memorandum des stellvertretenden Aussenministers Mallory vom April 1960, in dem, wegen des Fehlens einer effektiven politischen Opposition, vorgeschlagen wurde, in Kuba Hunger, Verzweiflung und Leiden zu schaffen, um so den Sturz der revolutionären Regierung herbeizuführen. Jetzt scheint alles darauf hinzuweisen, dass das Ziel darin besteht, durch wirtschaftliche, politische und Mittel der Kommunikation eine künstliche politische Opposition aufzubauen.

wäre eine diplomatische Annäherung zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten nicht sinnvoll.

Es kann auch nicht erwartet werden, dass Kuba zustimmen wird, über die genannten Aspekte im Zusammenhang mit unseren inneren absolut souveränen Angelegenheiten zu verhandeln.

Man konnte in den Verhandlungen, die kürzlich stattgefunden haben, weiterkommen, weil wir uns gegenseitig mit Respekt und auf Augenhöhe begegneten. Um weiter voranzukommen, muss es so bleiben.

Wir haben aufmerksam die Ankündigung des Präsidenten der Vereinigten Staaten verfolgt, durch Entscheidungen der Exekutive bestimmte Aspekte der Blockadeanwendung zu modifizieren.

Die veröffentlichten Massnahmen sind sehr begrenzt. Das Verbot von Krediten und der Nutzung des Dollars bei unseren internationalen Transaktionen bleibt bestehen. Die Individualreisen von US-Bürgern unter Lizenz für den sogenannten «Volk zu Volk»-Austausch werden behindert, sie sind an subversive Zwecke gebunden und auch die Reise auf dem Seeweg wird unterbunden.

Der Erwerb von Ausrüstung und Technologie, mit mehr als 10 % US-Komponenten auf anderen Märkten und der Import von Waren mit mehr als 10 % kubanischer Rohstoffe durch die Vereinigten Staaten und vieles andere mehr ist weiterhin verboten.

Kuba macht sich keine Illusionen

Präsident Obama könnte mit Entschiedenheit die weitreichenden exekutiven Befugnisse, die in seiner Hand liegen, nutzen, um die Handhabung der Blockade auch ohne die Zu-

seite sollte ihr Vorhaben aufgeben, mit der kubanischen Gesellschaft in Verbindung treten zu wollen, so als ob es dort keine souveräne Regierung gäbe. (Beifall)

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass die neue Politik, die angekündigt wird, die Existenz einer sozialistischen Revolution 90 Meilen von Florida entfernt akzeptiere.

Zivilgesellschaft? Bitte schön!

Man will, dass auf dem Gipfel der Amerikanischen Staaten in Panama die sogenannte Zivilgesellschaft anwesend ist, eine Meinung, die Kuba immer vertreten hat. Wir haben gegen

das protestiert, was auf der Konferenz der Welthandelsorganisation in Seattle, auf den Amerika-Gipfeln von Miami und Quebec oder auf dem Klimagipfel in Kopenhagen passierte, oder wenn sich die G7 oder der Internationale Währungsfonds versammelt, wo die Zivilgesellschaft unter brutaler Polizeirepression hinter Stahlzäune und Dutzende Kilometer von den Ereignissen weggedrängt wird.

Sicher wird die kubanische Zivilgesellschaft anwesend sein und ich hoffe, dass es keine Beschränkungen für die nichtstaatlichen Organisationen unseres Landes geben wird, die offensichtlich keinen Status in der OAS haben und nicht daran interessiert sind, sehr wohl aber von den Vereinten Nationen anerkannt werden.

Ich erwarte, in Panama die Volksbewegungen und NGOs sehen zu können, die für nukleare Abrüstung, für Umweltschutz und gegen Neoliberalismus eintreten, die Occupy Wall Street und die Indignados dieser Region, die Studenten und Schüler, Bauern, Gewerkschaften, indigenen Gemeinschaften, die Organisationen, die sich der Umweltschädigung durch Schiefergas-Fracking widersetzen, sich für die Rechte von Migranten einsetzen, Folter, aussergerichtliche Tötungen, Polizeigewalt und rassistische Praktiken anklagen, für die Frauen gleiche Löhne für gleiche Arbeit verlangen oder einen Ausgleich für Umweltschäden von den transnationalen Unternehmen fordern.

Mobilisierung erforderlich

Allerdings haben die am 17. Dezember gemachten Ankündigungen weltweite Anerkennung hervorgerufen und Präsident Obama hat dafür eine breite Unterstützung in seinem Land erhalten.

Einige Kräfte in den USA werden versuchen, diesen beginnenden Prozess abzubreaken. Es sind die gleichen Feinde einer gerechten Beziehung der USA mit Lateinamerika und der Karibik, es sind die, die die bilateralen Beziehungen vieler Länder unserer Region mit diesem Land behindern. Es sind die, die immer erpressen und Druck ausüben.

Wir wissen, dass die Aufhebung der Blockade ein langer und schwieriger Weg sein wird, der Unterstützung, Mobilisierung und entschlossenes Handeln von allen Menschen guten Willens in den Vereinigten Staaten und der Welt erfordert, der die Annahme der Resolution durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer nächsten Tagung erfordert, die ihre Beendigung verlangt, und vor allem die konzertierte Aktion Unseres Amerikas.

Übersetzung aus dem Spanischen: und Quelle: Granma Internacional vom 29. Januar 2015. Untertitel UW

Kuba – USA

(m.s.) Am 17. Dezember 2014 haben die Präsidenten Kubas und der USA in gleichzeitigen Fernsehansprachen den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der Beziehungen zwischen ihren beiden Staaten bekannt gegeben. Am selben Tag setzte Kuba zwei inhaftierte US-Agenten frei, während im Gegenzug die drei noch in den USA festgehaltenen Mitglieder der Aufklärergruppe «Cuban Five» – nach über 16 Jahren Gefängnis – den Weg in ihre Heimat antreten durften.

Seither haben auf Expertenebene bereits verschiedene Gespräche stattgefunden, die unter anderem zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen führen sollen.

Präsident Obama hielt in seiner Ansprache fest: «Die Isolation Kubas hat nicht funktioniert.» Für den deutschen Journalisten und Kuba-Korrespondenten u.a. auch unserer Zeitung ist diese Aussage zwar das «Eingeständnis einer gescheiterten Politik, nicht aber eine Abkehr von deren Zielen. Die Blockade gegen die sozialistische Karibikinsel, die am 5. März 1996 zum Gesetz erhoben wurde und nur vom Kongress gekippt werden kann, bleibt bestehen. Im US-Haushalt 2015 sind weiterhin Millionenbeträge für subversive Aktionen enthalten, mit denen in Kuba ein Systemwechsel befördert werden soll. Die Obama-Administration hat dem internationalen und dem zunehmenden Druck im eigenen Land nachgegeben, aber vom Saulus zum Paulus ist in Washington niemand geworden.»

Der Film, der die US-Propaganda im Vietnamkrieg Lügen strafte

Piloten im Pyjama

Auf dem Hamburger CineFest vom vergangenen November wurden die aus dem gleichnamigen Filmstudio hervorgegangene DEFA-Stiftung und der Verlag absolut MEDIEN für ihre gemeinsame Edition «Studio H&S. Walter Heynowski und Gerhard Scheumann. Filme 1964-1989» mit dem Willy Haas-Preis ausgezeichnet. Der Werkrückblick der beiden DDR-Dokumentarfilmer Heynowski und Scheumann enthält insbesondere auch eine Auswahl ihrer Filme zu Vietnam und zu Chile.

Von Gerhard Feldbauer

Die Jury des Festivals, an welchem als Partner auch das Filmpodium Zürich und die Cinémathèque Suisse beteiligt sind, würdigte Heynowski und Scheumann «als polemische, aber auch vielschichtige Dokumentaristen», die sich «der grossen Konflikte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts annahmen».

Der grösste Konflikt dieser Zeit war der Krieg, den die USA in Vietnam führten, um das Land ihrer Weltherrschaft zu unterwerfen. Nach der Errichtung eines Marionettenregimes im Süden begannen sie im August 1964 einen barbarischen Luftkrieg gegen den Norden der Demokratischen Republik Vietnam (DRV), um den Weg für eine Okkupation frei zu bomben. Im Frühjahr 1967 reisten H&S nach Hanoi und interviewten zehn in Gefangenschaft geratene US-Piloten. Den Titel «Piloten im Pyjama» wählten sie nach der gestreiften Gefangenenkleidung.

Der «Code of conduct» (Verhaltenskodex) des US-Präsidenten befahl jedem Piloten sich «niemals freiwillig» zu ergeben und «mit allen möglichen Mitteln Widerstand zu leisten». Dazu hatte jeder einen 9mm Trommelrevolver Smith & Wesson mit 30 Patronen im Gurt bei sich. Ausgenommen Namen, Rang, Dienstnummer und Geburtsdatum war auch verboten, «Informationen zu geben». Obwohl H&S die Piloten, welche schriftlich bestätigten, sich freiwillig und ohne Druck interviewen zu lassen, auf den «Verhaltenskodex» hinwiesen, beantworteten alle ihre Fragen. Sie wussten auch, dass ihre Interviewer aus der DDR kamen. Alle Piloten erklärten, sich widerstandslos ergeben zu haben. Oberleutnant Lindberg Hughes wurde von einigen Bauern gefangen genommen, von denen nur einer eine Waffe trug. Trotzdem, «ich unternahm keinerlei Versuch, die Sache sozusagen zu Ende zu schiessen», sagte er. Alle Interviewten bezogen sich darauf, bei ihrem «Job» nur Befehle ausgeführt zu haben. Für je zehn Luftangriffe erhielten sie jeweils eine Verdienstmedaille.

Die Interviews widerlegten die USA-Behauptungen, über der DRV seien zunächst gar keine und später viel weniger Flugzeuge als von Hanoi bekanntgegeben, abgeschos-

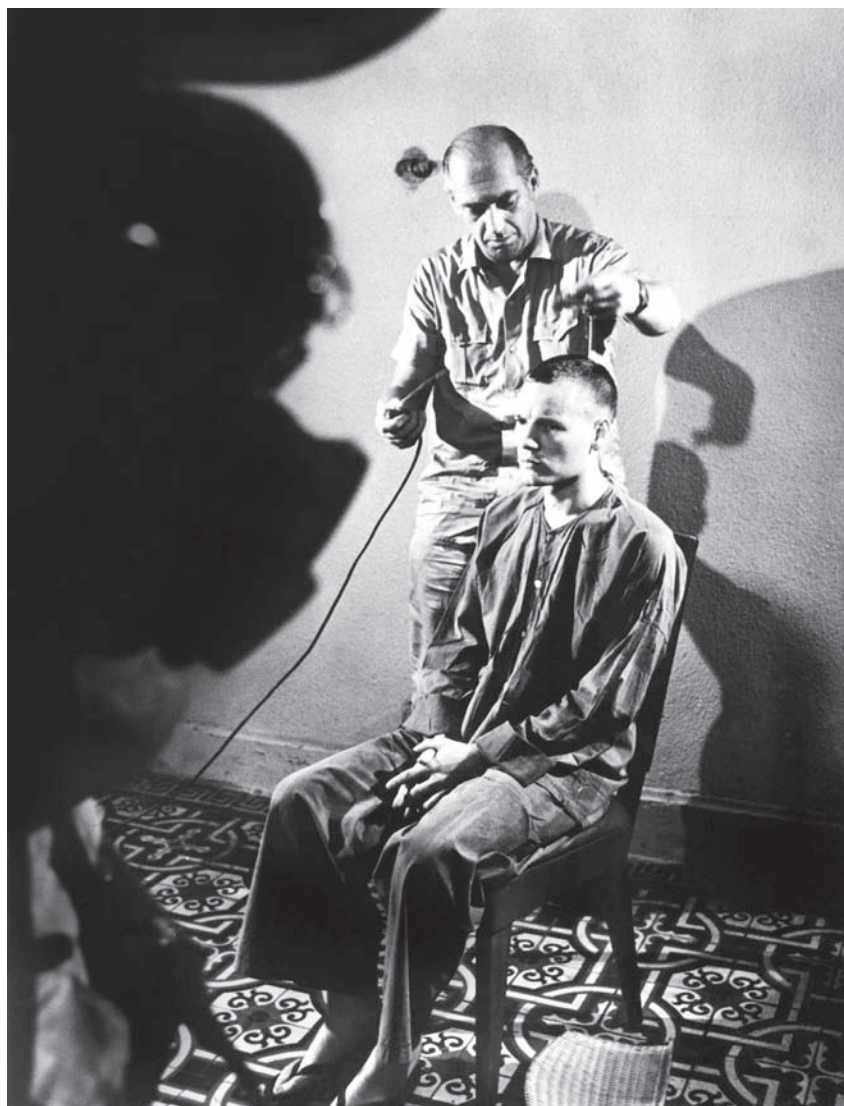
sen worden. Bis zur Einstellung der Luftangriffe im November 1968 wurden über Nordvietnam – auch durch westliche Quellen belegt – über 3000 Flugzeuge abgeschossen.

Keine Gehirnwäsche

Das Pentagon bezichtigte die DRV der Geheimhaltung der Zahl der tot und lebend abgeschossenen Piloten. Zwar machte Hanoi keine offiziellen Angaben, aber jeder Gefangene konn-

ten von den Angehörigen, über erhaltene Briefe Stillschweigen zu bewahren.

Entgegen der vom Pentagon verbreiteten Gräuelpopaganda, die Gefangenen würden «gefoltort und geschlagen» und einer Gehirnwäsche unterzogen, erklärten alle Interviewten, sie seien keinen Misshandlungen ausgesetzt, erhielten ärztliche Betreuung, den Umständen entsprechend gute Behandlung, ausreichende Verpflegung. Jeder Gefangene konnte frei seine Religion ausüben, englischsprachige Literatur, darunter aus den USA als auch amerikanische Zeitschriften lesen und die englischsprachige Sendung von DRV-Radio «Stimme Vietnams» hören, die auch die Ergebnisse der Baseball-Ligen der USA mitteilte.



Gefangener US-Pilot wird für die Filmaufnahmen «verkabelt». Szenefoto aus «Piloten im Pyjama». Quelle: absolut medien

te, wie die Interviewten bestätigten, seinen Angehörigen schreiben, wovon alle Piloten Gebrauch machten. Aus der Differenz zwischen den gefangenen genommenen und der Gesamtzahl der verlorenen Flieger ergab sich die Zahl der Toten. Das Pentagon, hielt deren Zahl jedoch geheim und forderte

Die Befragten bekannten, dass ihre Behandlung nicht den antikommunistischen Klischees entsprach, die ihnen vermittelt wurden. Alle sprachen sich für ein baldiges Ende des Krieges aus. Colonel Robinson Risner, im Koreakrieg mit dem «Distinguished Flying Cross» (Ausserordentliches Fliegerkreuz) dekoriert, meinte, dass die USA «zu dem Genfer Abkommen zurückkehren» müssten, statt «Nordvietnam zu bombardieren.» Die Piloten räumten mehr oder weniger ein, dass die Zivilbevölkerung von ihren Luftangriffen schwer betroffen wurde und sie dafür verantwortlich seien. Dazu trug sicher auch bei, dass sie als Gefangene nun auch den Bombardements ihrer Kameraden ausgeliefert waren. Äusserungen einiger Piloten konnten von bestimmten Einsichten zeugen. Der damals 25jährige Hauptmann James Richard Shively äusserte zum sozialistischen System der DRV, es sei das Recht der Bevölkerung, «das Gesellschaftssystem und das Wirtschaftssystem, das sie wünscht», zu wählen.

Söldnermoral

Bei anderen Piloten zeigte sich eine schockierende Söldnermoral. Der neunundzwanzigjährige Oberleutnant Edward Le Hubbard äusserte, «ich bin in ungefähr zwanzig Ländern ge-

wesen, seit ich in den Luftstreitkräften diene, und das hat mir sehr viel Spass gemacht.» Er war einer von zwei der zehn interviewten Piloten, die nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft seine Aussagen widerrief. Hatte er gegenüber H&S bedauert, «unschuldige Menschen zu töten», so erklärte er in dem Streifen von Hasso Bräuer «Agentengeschichten, die Geschichten von den ‚Piloten im Pyjama‘!» (1996) «es war «notwendig, dass wir dort waren», und «ich würde es wieder genauso machen». Oberleutnant Alvarez behauptete, er sei zu seinen Aussagen gezwungen und geprügelt worden.

Hilflose Reaktion von Botschafter Harriman

Als H&S noch vor der DDR-Premiere ihres vierteiligen Films im Oktober 1967 ihre erste Reportage darüber veröffentlichten, wurde diese u. a. von «Life», «Paris Match» und «Stern» übernommen. «NBC» strahlte Filmbilder in der Hauptsendezeit des Abends für ein 40-Millionen-Publikum aus. Dem Sonderbeauftragten des USA-Präsidenten für die Gefangenen in Vietnam, Botschafter Averell Harriman, fiel nichts Dümmeres ein, als danach zu erklären, die Zuschauer seien «Zeuge einer grossangelegten Fälschung» geworden.

Gespräche über Kuba

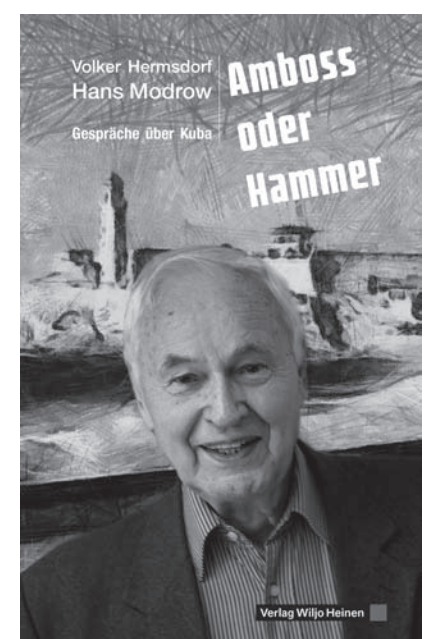
Nie mehr Amboss sein

«Du musst steigen oder sinken, Du musst herrschen und gewinnen, Oder dienen und verlieren, Leiden oder triumphieren, Amboss oder Hammer sein», dichtet Johann Wolfgang Goethe. Vor dieser Entscheidung, weiterhin geknechtet und geprügelt zu leben oder sich zu befreien und das Eisen selber zu schmieden, stand das kubanische Volk in seinem Unabhängigkeitskampf. Bekanntlich hat es den Hammer gewählt und diesen seit 1959 nicht mehr aus der Hand gegeben. «Amboss oder Hammer» – ein guter Titel für ein Buch, das zu erklären versucht, worin Kuba die Kraft geschöpft hat, sich den Hammer zu bewahren, den revolutionären Prozess nicht abreißen zu lassen.

Von Martin Schwander

Stundenlang und über Monate hinweg haben sich Volker Hermsdorf, Lateinamerika-Korrespondent der deutschen Tageszeitung «jungeWelt», und der ehemalige SED-Funktionär und Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow, über Kuba unterhalten. Einen Auszug dieser Gespräche hat Hermsdorf in elf chronologisch zusammengefügte Kapitel in einem faszinierenden Protokoll nun zu Buche gebracht.

Der Band aus dem Berliner Verlag von Wiljo Heinen fesselt von Anbeginn weg, packt aber auch, wenn man ihn an einer beliebigen Stelle aufschlägt. Modrow ist seit über 50 Jahren passionierter Beobachter der kubanischen Revolution und seine Antworten und Reflexionen auf die Fragen von Volker Hermsdorf bieten kluge Einblicke in Parallelen und Brüche in den Entwicklungen Kubas und der DDR. Die Bogen, die Modrow dabei aus der eigenen Vergangenheit als Jugendfunktionär und Parteikader in die kubanische Gegenwart schlägt, sind spannend. Nicht der unbefleckte Theoretiker beobachtet und kommentiert die kubanische Entwicklung, sondern der befleckte Praktiker. Das macht seine Kommentare zur kubanischen Geschichte und Gegenwart glaubwürdig und plausibel. Seine praktische Nähe zum kubanischen Entwicklungsweg und seine Empathie zu dessen Akteuren heben sich denn auch wohltuend ab von den distanzbedachten Positio-



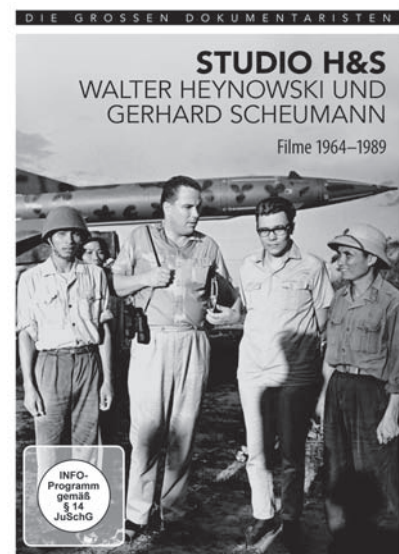
Volker Hermsdorf, Amboss oder Hammer, 456 S., Verlag Wiljo Heinen, Berlin und Bökland 2015. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, 061 261 02 89

nen der «kritischen Solidarität» in der eurozentristischen Linken.

Das Gespräch zwischen Modrow und Volker Hermsdorf ist ein «Page turner» unter den Sachbüchern und lässt sich im besten Sinne vergleichen mit Ramonets biographischem Fidel-Interview: Ein Stück lebendiger Geschichte, äusserst informativ in Fragen und Antworten, empfehlenswert für Kuba-Anfänger wie Kuba-Kenner, für Kuba-Versteher wie für jene, die es werden wollen.



Heynowski & Scheumann, Piloten im Pyjama, 2 DVDs (ca. 294 min.), Extras, Booklet. Berlin: Absolut Medien 2014. Die Interviews erschienen unter dem gleichnamigen Titel auch als Buch im Verlag der Nation, Berlin (DDR) 1967.



Studio H&S. Walter Heynowski und Gerhard Scheumann: Filme 1964-1989 (u.a. der berühmte Chile-Film «Krieg der Mumien»), fünf DVDs im Schubert (ca. 907 min), herausgegeben von Ralf Schenk, Extras, Booklet. Berlin: Absolut Medien 2014.



carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.-

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluewin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

Räte müssen Zeichen setzen

Nein zu den Drohnen

Die Schweizer Sektion der internationalen Boykott-Kampagne BDS, die sich aus Solidarität für das Palästinensische Volk für einen Boykott israelischer Produkte einsetzt, hat die Mitglieder des National- und des Ständerats in einem offenen Brief aufgefordert, auf den Kauf israelischer Drohnen zu verzichten. Dem Schreiben beigelegt wurde auch ein Informationsblatt zum israelischen Unternehmen Elbit Systems, das die Drohnen des Typs Hermes 900, die das VBS zu kaufen plant, produziert. Die Beilage enthält zudem eine Liste von Banken und Pensionskassen, vor allem aus skandinavischen Ländern, die beschlossen haben, Elbit Systems wegen Beteiligung an den illegalen Praktiken Israels in den besetzten Gebieten und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen aus ihrem Portfolio auszuschliessen.

Wir dokumentieren nachstehend das Schreiben an die Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

«Im Rahmen des Budgets 2015 werden Sie über den Kauf von Drohnen des Typs Hermes 900 des israelischen Unternehmens Elbit befinden, die vom Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport ausgewählt wurden.

Wir richten uns an Sie mit der Bitte, den geplanten Kauf zurückzuweisen. Während der 51 Tage des israelischen Angriffs auf den Gazastreifen im Juli/August 2014 haben Hermes-900-Drohnen von Elbit gemäss Schätzungen der britischen NGO Drone Wars UK über 800 Angriffe geflogen, in deren Folge Spitäler, Schulen und UNO-Gebäude beschädigt oder zerstört wurden. Während die vom Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der UNO (OCHA) veröffentlichte Bilanz von 2131 Toten ausgeht, wovon 1473 Zivilisten und darunter 501 Kinder sind, stieg der Kurs des Rüstungskonzerns Elbit, der sich öffentlich damit rühmt, dass seine Erzeugnisse «im Feld getestet sind», um 6 Prozent. Das Unternehmen, das der frühere Sonderberichterstatter beim UN-Menschenrechtsrat Richard Falk als «complicite» (mitverantwortlich) für Völkerrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten bezeichnet, unterstützt mit seiner Tätigkeit die Politik der Kolonisierung, Besetzung und des Rassismus des israelischen Staates und profitiert von einer Situation, die völkerrechtlich als illegal eingeschätzt wird. Die Zustimmung zum Kauf von Drohnen des Typs Hermes 900 des israelischen Unternehmens Elbit kommt damit der Unterstützung eines Unternehmens gleich, das eng mit der israelischen Armee zusammenarbeitet und von deren Völkerrechtsverletzungen profitiert.

Während im Gazastreifen die ganze Bevölkerung durch die Blockade, die Israel seit 2007 über das Gebiet verhängt hat, in Geiselschaft genommen wird, haben Amnesty International und palästinensische Menschen-



rechtsorganisationen Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Infrastrukturen als Kriegsverbrechen kritisiert. Der Menschenrechtsrat der UNO hat im Übrigen den Auftrag erhalten, Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu untersuchen. Bei der Zurückhaltung von Zivilbevölkerung in einer von Kriegsgefahren bedrohten Gegend, dem unverhältnismässigen Einsatz von Gewalt und der Nichteinhaltung der grundlegenden Gebots der Unterscheidung zwischen Zivilpersonen und Kombattanten handelt es sich effektiv um schwere Verletzungen der Vierten Genfer Konvention, zu deren Durchsetzung sich die Schweiz mit ihrer Unterschrift verpflichtet hat.

Der Kauf israelischer Drohnen, selbst wenn diese nicht bewaffnet sind, steht damit im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Wie kann die Schweiz Israel auf glaubwürdige Weise zur Einhaltung des Völkerrechts anhalten und gleichzeitig von Israel Technologie einkaufen, die unter Verletzung dieses Rechts eingesetzt und getestet wurde? Ein solcher Kauf

und ganz allgemein die Stärkung jeglicher Kooperation auf militärischer, wirtschaftlicher, akademischer und technologischer Ebene mit dem israelischen Staat bestärkt Israel nur in seiner Straflosigkeit, was seine Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen betrifft.

Wir möchten Sie daher auffordern, nicht länger die Straflosigkeit eines Staates zu unterstützen, der wiederholt das Völkerrecht verletzt, und Ihre Zustimmung zum Kauf der Hermes-900-Drohnen des israelischen Unternehmens Elbit zu verweigern. Damit bringen Sie zum Ausdruck, dass Sie Wert legen auf die tatsächliche Einhaltung der Vierten Genfer Konvention durch die Schweiz und die humanitären Werte, für die unser Land eintritt.»

28 Tausend mal NEIN

28 000 Personen haben die Petition gegen den Kauf von israelischen Drohnen bis zum heutigen Tag unterschrieben. Die Unterschriftensammlung geht nun zu Ende: Die Unterschriften werden am Donnerstag, 26. Februar um Punkt elf Uhr auf der Terrasse des Bundeshauses West (Südseite) in Bern eingereicht. «Im Anschluss an die Übergabe führen wir eine kurze Aktion durch», schreibt die federführende Kampagne BDS in einer Mitteilung und fordert die Öffentlichkeit auf, sich der Übergabe anzuschliessen: «Zeigen Sie, dass Sie mit dem Drohnenkauf nicht einverstanden sind.»

Keine militärische Kungelei

Die Einreichung der Petition ist nur eine Etappe der Kampagne für den militärischen Boykott von Israel und für ein Ende jeglicher militärischer Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Israel. BDS und die anderen Organisationen, die diese Kampagne aktiv unterstützt haben, beschränken ihre Arbeit nicht auf die Frage des Drohnenkaufs, sondern befassen sich auch mit dem gesamten Austausch im Sicherheitsbereich, der militärischen Zusammenarbeit sowie der Frage der Forschungszusammenarbeit auf akademischer Ebene zwischen der Schweiz und Israel.

Zudem führt BDS Schweiz die Arbeit gegen Unternehmen wie AHA-VA, EDEN SPRING und andere israelische oder transnationale Unternehmen weiter, die von der illegalen Situation profitieren («complicite companies») und so dazu beitragen, dass die Politik der Kolonisation, der Besetzung und der Apartheid durch die israelische Regierung fortgeführt werden kann.

Quelle: bds-info.ch

Verstärkung im SFB-Sekretariat

Willkommen, Julia!



Hallo liebe Friedensfreunde
Mein Name ist Julia Hoppe und ich werde ab April als Sekretärin bei der SFB arbeiten. Ich möchte hier die Möglichkeit nutzen, um mich kurz vorzustellen.

Ich bin 27 Jahre alt und komme ursprünglich aus Wuppertal, Deutsch-

land und bin für das Studium an der Universität Basel nach Grenzach-Wyhlen gezogen. Im Herbst 2012 habe ich den Bachelor of Arts in den Fächern Ethnologie und Soziologie gemacht. Das Studium in dieser Kombination führe ich momentan weiter und werde es voraussichtlich im Dezember 2015 erfolgreich mit dem Master of Arts abschliessen.

Durch diverse Praktika im politischen Bereich, mein eigenes politisches Engagement, sowie mein Studium bin ich mit der Thematik internationaler Konflikte vertraut. Die Arbeit im Sekretariat wird von den alltäglich anfallenden Aufgaben wie E-Mails, Anfragen, Organisatorischem geprägt, jedoch möchte ich mich auch beispielsweise beim Weltfriedensrat mit einbringen und aktiv mitarbeiten.

Gerne bin ich für Eure Anregungen und/oder Verbesserungsvorschläge das Sekretariat betreffend offen und würde mich freuen, Euch am 9. Mai auf der Jahrestagung kennenzulernen!

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2015

Samstag, 9. Mai 2015, 16.00 Uhr
Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:
Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes
Ausblick und Anregungen

Anschließend gemeinsames Abendessen.

Die Jahresversammlung ist öffentlich.
Interessierte sind herzlich eingeladen!

28.12.14

Alte UWs gesucht!

Um die UW seit 1978 zu Archivbänden binden zu können, suchen wir nach zusätzlichen Exemplaren einiger alter UW-Ausgaben. Genauer suchen wir nach Exemplaren von UW 5/6 1999 und von verschiedenen Ausgaben vor 1991.

Falls Sie als langjähriger Leser/langjährige Leserin noch solche besitzen, möchten wir Sie bitten mit uns Kontakt aufzunehmen.

Mail: sfb@bluewin.ch
Telefon: 061/681 03 63
Fax: 061/681 76 32

Handelsabkommen Schweiz-Mexiko

Menschenrechte einbeziehen

In Erwartung eines Besuchs des mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto in der Schweiz während des WEF in Davos wandte sich die Koordination Ayotzinapa am 21. Januar 2015 mit einem offenen Brief an den Schweizerischen Bundesrat. Mitunterzeichnet wurde das Schreiben u.a. vom Forum Schweiz-Mexico, Alba Suiza, der Vereinigung Schweiz-Cuba und der Unia Genf.

Im Brief wird u.a. aufgeführt: «Die offiziellen Zahlen sagen uns, dass in Mexiko seit 2007 mindestens 85 000 Personen im Zusammenhang mit dem sogenannten Krieg gegen die Drogen gestorben sind, 22 000 Personen gelten als verschwunden, 98 Prozent der gemeldeten Delikte werden nicht geahndet und es wurden bis anhin keine Gefängnisstrafen in keinem der vielen Fälle des gewaltsamen Verschwindens verhängt. Diese Zahlen sind ein Abbild der verfehlten Regierungspolitik, die von Korruptionsfällen und Verbindungen zur Organisierten Kriminalität geprägt ist. (...)

Im Jahr 2001 hat die Schweiz im Rahmen der EFTA-Abkommen das

Freihandelsabkommen mit Mexiko unterschrieben, leider behandelt diese das Thema der Menschenrechte nicht.

Im Kontext dieser Abkommen könnte die Schweiz nun eine wichtige Rolle einnehmen, um Mexiko bei der Überwindung der geschilderten Krise zu unterstützen: Die Schweizer Regierung könnte verlangen, dass die Menschenrechte bei einer Neuver-



handlung der Abkommen als unverzichtbarer Bestandteil dieser mitberücksichtigt würden. Im geltenden Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Mexiko ist dies bereits der Fall.

In einer zivilisierten Gesellschaft darf die Wichtigkeit der Menschenrechte nicht dem Handel mit Gütern und Dienstleistungen untergeordnet werden. Aus diesem Grund verlangen wir vom Schweizerischen Bundesrat, die Verhandlung dieses Abkommens von signifikanten Verbesserungen der mexikanischen Regierung auf dem Gebiet der Menschenrechte abhängig zu machen.

Im Bewusstsein, dass die Schweiz den Menschenrechten eine hohe Wichtigkeit einräumt und dass sie als Nation mit einer langjährigen humanitären Tradition gilt, hoffen wir, dass unser Anliegen in Betracht gezogen wird.»

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

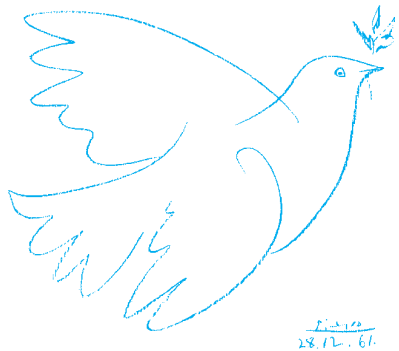
Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



Unsere Welt



Zweiter Kongress der WILPF 1919 in Zürich. Foto WILPF-Archiv

100 Jahre Frauen-Friedensbewegung:

Wider Spott und Hohn

Die WILPF (Women's international League for Peace and Freedom) ist die erste pazifistische Frauenorganisation. Sie wurde 1915, mitten im 1. Weltkrieg, in Haag gegründet und feiert im Frühjahr 2015 ihren 100. Geburtstag.

Ende April 1915 trafen sich im niederländischen Den Haag über 1000 Frauen aus 12 Nationen, um gegen «den Wahnsinn und die Gräueltaten» des Krieges zu protestieren. Die Initiative dazu ging von führenden Persönlichkeiten der Frauenstimmrechtsbewegung aus. Als die Holländerin Aletta Jacobs am 28. April 1915 den Kongress eröffnete, betonte sie den internationalen Charakter der Veranstaltung und rief die Teilnehmerinnen auf, sich vom Nationalismus zu befreien und Grenzen zu sprengen: «Wir Frauen so vieler verschiedener Nationalitäten, die wir uns, um unsere Gefühle auszudrücken, verschiedener Sprachen bedienen müssen, von denen eine jede ihre eigenen nationalen Charakterzüge trägt, sind hierhergekommen, in dem gleichen Bewusstsein, mit den gleichen Hoffnungen, dem einen Wunsch, dass unsere Stimme bis ans Ende der Erde dringen möge im Protest gegen diesen fürchterlichen Massenmord und gegen die Annahme, Krieg sei der einzige Weg, internationale Konflikte auszutragen.»

Die Frauen forderten an ihrem Gründungskongress u.a.

- Selbstbestimmungsrecht der Völker
 - eine Vereinigung der Nationen
 - Internationale Schiedsgerichte und Mediation bei Konflikten (neu und innovativ war z.B. der Gedanke, mittels ökonomischer Sanktionen auf einen Rechtsbrecher Druck auszuüben. Er wurde 1919 in die Völkerbund-Charta aufgenommen und ist heute selbstverständlich geworden.)
 - demokratische Kontrolle der Aussenpolitik statt Geheimverträgen
 - die allgemeine und totale Abrüstung
 - Massnahmen zur Beendigung des Krieges
 - die Gleichberechtigung der Geschlechter, Rassen und Konfessionen (z.B. Frauenstimm- und Wahlrecht).
- Eine Frauendelegation bereitete nach der Gründung 14 Länder, unter

anderen auch die Schweiz, um für ihre Vorschläge zu werben. Die internationale Presse bedachte diese Aktivitäten mit Spott und Hohn.

Der 2. Kongress fand 1919 in Zürich statt. 1926 zählte die WILPF etwa 50 000 Mitglieder und war in 40 Ländern vertreten, sie gilt als die bedeutendste pazifistische Frauenorganisation der Zwischenkriegszeit.

Die WILPF ist als Teil der weiblichen Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Neben dem Einsatz für Frieden ging es von Anfang an auch um den Anspruch auf soziale Gerechtigkeit. 1934 bekräftigte die WILPF diese Position an ihrem Kongress in Zürich und bekannte sich erneut zu einer «wirtschaftlichen Ordnung auf weltweiter Grundlage und einer nach Bedarf der Menschheit und nicht nach Profit geregelten Weltwirtschaft».

Die Gründung der Schweizer Sektion

Die Schweizer Sektion der WILPF (oder deutsch IFFF: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit) gibt es bereits seit 1915. Sie zählte anfänglich vier, 1934 bereits 14 Ortsgruppen mit total etwa 600 Mitgliedern. Während des 2. Weltkriegs begannen sich aber ihre Reihen zu lichten, 1941 gab es noch sieben Gruppen.

Treibende Kraft war Clara Ragaz, Präsidentin der Schweizer Sektion von 1915 bis 1946, internationale Präsidentin auch während des 2. Weltkriegs. Ragaz gehörte, zusammen mit ihrem Mann Leonhard, der religiös-sozialen Bewegung an.

Die Akten der Schweizer Sektion, die im Sozialarchiv aufbewahrt werden, spiegeln ein Stück Schweizer Geschichte. Hier einige Beispiele aus der «Frühgeschichte»:

- 15. März 1921: Eingabe zugunsten der Schaffung eines Zivildienstes an den Bundesrat, 1922 nachgedoppelt durch eine Petition mit 40 000

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

Unterschriften an die Bundesversammlung

- 1932/33: Unterschriftensammlung für eine allgemeine und totale Abrüstung: Dem Völkerbundsrat werden 12 Millionen Unterschriften überreicht, davon 6 Millionen von der WILPF (311 000 von der Schweizer Sektion, obwohl die Sammlung von Presse, Parteien und Kirchen mehrheitlich bekämpft wurde)

- 1932: Brief der WILPF an den Bundesrat aus Protest gegen den Einsatz der Armee bei der Arbeiterdemonstration in Genf, wo 12 Demonstrierende getötet und über 60 verletzt wurden

- 1938: Schreiben an Bundesrat Baumann aus Protest gegen die Einführung des Judenstempels

- 1938–45 Kampf für Abrüstung, Presse- und Redefreiheit, Aufnahme von Flüchtlingen, ab 1943 Überlegungen zu einer Friedensordnung nach dem Krieg

Während die WILPF International bei der UNO und in vielen einzelnen Ländern durchgehend eine grosse Rolle spielt, ist die Schweizer Sektion zweimal aufgelöst, aber jeweils bald von jüngeren Frauen wiedergegründet worden.

WILPF und UNO

Als nichtstaatliche Organisation (NGO) ist die WILPF mit beratendem Status bei der UNO und ihren Unterorganisationen in Genf, New York, Paris und Rom akkreditiert. Sie betreibt intensives Lobbying für Abrüstung, Frauenrechts- und Menschenrechtsanliegen. Die internationalen WILPF-Büros in Genf und New York koordinieren die Arbeit der 30 Sektionen weltweit.

Aktionen im Jubiläumsjahr

Am WILPF-internen ordentlichen Kongress vom 22. – 25.4.2015 in Haag, dem historischen Gründungs-ort, werden die Delegierten aller Sektionen unter anderem ein «Manifest» verabschiedet, das in den Sektionen monatelang diskutiert worden ist.

Anschliessend findet vom 27. – 29. April 2015 am selben Ort eine grosse öffentliche Frauen-Friedenskonferenz statt.

Unter dem Motto «Women's Power to Stop War – Eine Friedensagenda für das 21. Jahrhundert» sind fünf Grossveranstaltungen mit prominenten Referentinnen vorgesehen. Daneben werden die vielen eingeladenen Grassroot-Arbeiterinnen, Forscherinnen und internationalen Friedensorganisationen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse an 40 Seminaren und Gesprächsrunden austauschen können. (Teilnehmer sind beispielsweise swisspeace und Nobel Women's Initiative.)

Ein «Marktplatz» und ein «Creative Corner» stehen zur Verfügung für die Präsentation von Kreationen aller Art und Verkauf von Kunsthandwerk von allen Kontinenten.

Eine Ausstellung zeigt Bilder und Dokumente von 100 Jahren internationaler Friedensarbeit.

Geplant ist auch eine öffentliche Kundgebung zum Thema Militärausgaben.

Der 100. Geburtstag wird am 28. April, am Abend des Gründungstags, gefeiert mit Musik, Theater und Tanz.

Die WILPF-Aktivistin Gertrud Woker

Mutige Professorin

Neben Clara Ragaz engagierte sich insbesondere die Berner Professorin Gertrud Woker für die Anliegen der WILPF. Dem Buch «Gegenleben» von Ina Boesch entnehmen wir folgende Passage über Gertrud Woker:

Als Chemikerin, die sehr früh den Einsatz von Giftgas und Bakterien in Kriegen kritisiert hatte und 1925 mit dem Buch «Der kommende Giftgaskrieg» einen Bestseller schrieb, galt sie national wie international als kompetente Fachfrau – wenn auch von Kollegen und Behörden misstrauisch observiert. Wie schwer ihr Stand und wie zermürbend die Auseinandersetzungen zwischen ihr und den Behörden waren, zeigte sich anlässlich ihrer Vortragsreihe im Jahr 1934. Diese fand im Rahmen der von der Schweizer Frauenliga konzipierten Wanderausstellung «Krieg oder Frieden» statt, welche die Sicherheit des Luftschutzes im Giftgas- und Bakterienkrieg hinterfragte. Beim Publikum kam die Ausstellung an, allein in Zürich hatten sie siebzehntausend Menschen besucht. Bei der Presse hingegen stiessen insbesondere die Vorstösse Gertrud Wokers auf Kritik. Der Kommentar in der «Neuen Basler Zeitung» fasste die damalige

Stimmung im Land zusammen: Wer sich wie der Berichterstatter «mit dem Gaskrieg schon ernstlich befasst» hatte, liess sich von den «reich mit Phantasie geschmückten Ausführungen» nicht überzeugen, sondern musste sich fragen, «ob es nicht ein Skandal ist, solche Vorträge zu halten in einem Moment, wo die Behörden Anstrengungen machen, den Schutz der Zivilbevölkerung gegen den Gaskrieg auf breiter Basis zu organisieren») Dann spielte er auf die Loyalität an, zu der Gertrud Woker als Berner Professorin seiner Meinung nach verpflichtet gewesen wäre: «Es muss als überaus bemühend bezeichnet werden, dass sich ein Professor einer schweizerischen Fakultät zu einem solchen Sabotageakt behördlicher Massnahmen hergibt.» Und er endete mit einer Polemik gegen die Liga im allgemeinen: «Die Frauenliga für Frieden und Freiheit hat sich wieder einmal mehr als Beschützerin der friedliebenden und paradiesischen Sowjetunion aufgeworfen, die nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen in die Uniformen steckt.»

Quelle: Ina Boesch, *Gegenleben*, Chronos-Verlag, Zürich 2003



Marche Mondiale des Femmes

MMF zum Vierten

Die MMF ist im Jahr 2000 als weltweite Bewegung von Frauen entstanden mit dem Willen den Kampf gegen Armut und Gewalt an Frauen mit neuen Mitteln aufzunehmen.

Bisher haben sich 5000 Gruppen in 164 Ländern und Gebieten auf allen Kontinenten der MMF angeschlossen.

Zwischen dem **8. März und dem 17. Oktober 2015** werden zum vierten Mal auf allen fünf Kontinenten dieses Planeten Frauen unterwegs sein für Freiheit, Selbstbestimmung und Solidarität. Am 8. März beispielsweise startet eine Europäische Frauenkarawane in der Türkei und durchquert Europa 17 000km lang bis sie am 17. Oktober in Portugal ankommt.

Daten zum Vormerken in der Schweiz

- 7. März 2015: Nationale Demonstration und Kundgebung in Bern
- Zwischenhalt in der Schweiz der Europäischen Frauenkarawane
 - 14. bis 17. Mai Tessin
 - 18. bis 22. Mai Zug, Freiburg, Bern, Neuenburg, Lausanne.
 - 23. bis 25. Mai Genf

24. April: Solidarität weltweit rund um die Uhr

Am 24. April – zwischen 12 und 13 Uhr – beteiligen wir uns in allen Ländern an einer internationalen Solidaritätsaktion mit den Arbeiterinnen und Arbeiter der ganzen Welt.

Diese Aktion findet statt in Gedenken an die 1127 Näherinnen, die in den Trümmern der Rana Plaza Fabrik in Bangladesh umgekommen sind.

Mehr wissen, mitmachen!

Schweizer Webseite: <http://www.marchemondiale.ch/>

Internationale Webseite: <http://www.marchemondiale.org/>